Dienstag, 5. Juni 1928
10. Jahrgang Nummer 120

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk. Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme: in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupterpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 560 39. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telephon 288 37. Sprechzeit der Redaktion: von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 28, Telephon 1065. Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2884. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag"-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Ein Elendsprogramm der Kohlenkönige

Gegen die Sozialgesetzgebung — Und mit diesen Leuten Koalition?

(Eig. Drahtber.) Berlin, 5. Juni.

Der von den Unternehmern gestern abgehaltene Deutsche Bergmannstag, auf dem sich über 800 Bergbauindustrielle aus Deutschland, Saargebiet, Polnisch-Oberschlesien, Böhmen und Holland versammelt hatten, nahm folgende Resolution an, die zeigt, in welcher Weise die Grubenbarone in Zukunft die soziale Lage der Arbeiterschaft noch mehr verschlechtern und noch größere Profite als bisher einstecken wollen:

1. In den Ministerien solle man sich endlich angewöhnen, wirtschaftlich zu denken.

2. Geschehe das, so werde man die Berechtigung der Forderung auf Beseitigung des Kohlenwirtschaftsgesetzes anerkennen und sie befürworten.

3. Es müßten „freie Arbeiter" geschaffen werden, die nicht gebunden durch Tarifverträge, Arbeitszeitabkommen, Gewerkschaften und dgl. über sich verfügen können, die im Interesse ihrer Familie Ueberarbeit leisten dürften, wann, wo und wieviel sie wollen, damit wieder eine Auslese der „Tüchtigen" erfolgen könne und für jeden Arbeiter der Weg zum Generaldirektorposten wieder frei werde.

4. Die gesamte soziale Gesetzgebung müsse umgestellt werden. Nicht wie heute dürfe nur das Materielle ausschlaggebend sein, sondern das Moralische müsse in den Vordergrund treten.

5. Es müsse eine Verbilligung der Frachten sowie ein Abbau der Steuerlasten erfolgen.

*

Den Kohlenkönigen ist es in Kriegs- und Nachkriegszeit gelungen, ihre wirtschaftliche Macht bedeutend zu verschärfen. Besonders die gewaltige 700-Millionen-Entschädigung nach dem Ruhrkrieg, die große Konjunktur während des englischen Bergarbeiterstreiks und schließlich die Ergebnisse der Rationalisierung, die auf eine bedeutendere Mehrleistung pro Kopf des Bergarbeiters hinausliefen, haben ihre Kassen gefüllt.

Aber das alles genügt den Kohlenkönigen noch nicht. In ihrem obigen Programm fordern sie den „freien Arbeiter", d. h. den ihnen preisgegebenen Proletarier, der gezwungen ist, Ueberstunden zu schuften, Schmutzkonkurrenz gegen seine Klassengenossen zu treiben. Deshalb soll auch die soziale Gesetzgebung, die in Deutschland wirklich nur einen kümmerlichen, unbefriedigenden Anfang darstellt, „umgestellt" werden. Das „Moralische" müsse in den Vordergrund treten — während sich die Kohlenkönige mit dem Materiellen (siehe 700 Goldmillionen!) zufriedengeben. Die Ministerien sollen noch offener und brutaler als bisher in den Dienst der Unternehmer treten. Das sind die wesentlichsten Punkte dieses herrlichen Unternehmerprogramms, auf das wir noch näher eingehen werden.

So also malt sich in den Köpfen der Industrieherren die Wirtschaftspolitik, die eine ihnen genehme Regierung treiben soll!

Dieses Geständnis kommt zur rechten Zeit. Hinter den Kulissen finden gerade die Verhandlungen über eine Koalition zwischen den Sozialdemokraten, den Demokraten, dem Zentrum und der Volkspartei statt. Diese Volkspartei ist die Partei des Schwerkapitals, die Interessenvertreterin der Industriellen, also auch der Kohlenkönige. Aus den Industriekassen des Ruhrbergbaues sind auch in den Propagandafonds der Volkspartei verschwiegene Summen geflossen. Nach dem Rezept: „Eine Hand wäscht die andere" wird die Volkspartei, wenn sie in der Regierung sitzt, sich dafür revanchieren. Sie wird die Politik ihrer industriellen Auftraggeber durchführen.

Und mit dieser Volkspartei will die Sozialdemokratie eine Koalition eingehen! Jeder Arbeiter wird einsehen, daß es mit den Interessen der Kohlenkönige für die Arbeiterschaft kein „Kompromiß" gibt, daß diese Herrenmenschen, diese Scharfmacher, unbedingt eine arbeiterfeindliche, unsoziale, schwerkapitalistische Politik machen werden.

Das ist die Frage: Für oder gegen das Programm der Kohlenkönige. Für das Programm — das heißt Große Koalition! Gegen das Programm — das heißt schärfste parlamentarische Opposition, Massenmobilisierung im außerparlamentarischen Kampf, Gewinnung der Millionen Arbeiter, die heute noch im Lager der Bourgeoisie stehen, zum Kampf gegen die finsteren, grausamen Unternehmerpläne.

Das und nichts anderes haben die 12 Millionen Arbeiter am 20. Mai gefordert!

Der oberschlesische Femesumpf

Massengrab mit 17 Ermordeten aufgedeckt

Breslau, 5. Juni.

Die hiesige Wochenschrift „Freiheit" bringt in einem gestern herausgegebenen Extrablatt aufsehenerregende Enthüllungen. Ihr Gewährsmann Alfred Franke hat vor der Polizei bereits früher gemachte Angaben aufrechterhalten. Deshalb gewinnen die nachfolgenden Mitteilungen an Wert:

„Seinerzeit, Mai — Anfang Juni 1921, erschienen im Büro der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Neisse zwei Herren, Lt. Eichner und v. Garnier, und verlangten die Herausgabe von zwei Gefangenen; einer saß auf der Festung, der andere im Gerichtsgefängnis. Beide wurden nach Neustadt OS. gebracht. Bei Neustadt in der Nähe von Eichhäusel steht das Eichendorff-Denkmal. Gegenüber dem Denkmal fällt der Berg steil ab. Am Grunde des Abhanges befindet sich ein tiefer Teich. Und dort liegen seit sechs Jahren nicht nur diese beiden Opfer, sondern noch einige mehr.

Von Eichhäusel nach dem sogenannten Hinterfeld geht ein Waldweg. Wenn man die zweite Kreuzung rechts erreicht hat, und halblinks einige Meter in den Wald geht, findet man eine Lichtung,

und weitere siebzehn Opfer sind dort verscharrt!

Auf einem Gute bei Neustadt, das ich den Behörden gern näher bezeichnen werde, liegt ebenfalls eine Anzahl ermordeter Deutscher; ermordet von den eigenen Kameraden. Wenn man auf diesem Gut, an der Hinterfront der Ziegelei, auf die Prudnik zu, Lehm schachten wird, dann wird man sie finden. In Neustadt OS. waren ja sehr tüchtige Kriminalbeamte, die zwar einen Mord aufklären konnten, aber dem Herrn Oberstaatsanwalt in diesem Falle wahrscheinlich zweckdienliche Angaben machen können; ich meine die Herren Kittsteiner und Kutschera."

Franke schließt seinen Bericht mit den Worten: „Ich weiß, daß meine Enthüllungen sich etwas sehr übertrieben anhören, und ich wünschte, sie wären es auch. Leider aber ist alles traurige Wahrheit."

Wir wiesen schon anläßlich unserer Neustädter Femeenthüllungen darauf hin, daß die Tatsache der Fememorde seit Jahren in Oberschlesien ein offenes Geheimnis ist. Die Spatzen pfeifen von den Dächern, wie die „nationalen Helden" damals gegeneinander gewütet haben.

Frankes Mitteilungen sind aber durchaus nicht unwahrscheinlich!

Im Gegenteil, seine Angaben — auch die der Polizei gemachten — verraten, daß er mit den Dingen sehr vertraut ist, daß er die Schuldigen bei ihrem Bluthandwerk beobachtet hat.

Wir fordern deshalb energisches Eingreifen der Polizei. Sofort müssen Untersuchungen eingeleitet werden! Aber unter Umgehung der der Teilnahme verdächtigen örtlichen Behörden!

Polizeivizepräsident Weiß verprügelt!

Von seinen eigenen Polizeibeamten — Die Charlottenburger Polizeiprovokation damit zugegeben

(Eig. Drahtber.) Berlin, 5. Juni.

Jetzt wird von amtlicher Seite ein Bericht der „Roten Fahne" bestätigt, nachdem der Berliner Polizeivizepräsident Weiß bei dem Zusammenstoß in Charlottenburg, bei dem auch ein Arbeiter erschossen wurde, von seinen eigenen Beamten mit dem Gummiknüppel geschlagen wurde. Die „Berliner Volkszeitung" ist in der Lage, ein Interview ihres Berichterstatters mit Weiß wiederzugeben, aus dem klar ersichtlich ist, wie die Berliner Schutzpolizei, aufgehetzt durch die scharfmacherischen Erlasse des Sozialdemokraten Zörgiebel, insbesondere über seinen Befehl bezüglich des Abkommens bei Demonstrationen, rücksichtslos mit dem Gummiknüppel und mit der Schußwaffe bei den geringsten Anlässen vorgeht und wahllos alles niederschlägt, was ihr in den Weg kommt. Weiß erklärte u. a.:

„Ich befand mich in Zivil in der Menge und bemühte mich zunächst, die Beamten von der Anwendung der Hiebwaffen ohne ersichtlichen Grund abzuhalten. Ich gab mich als Polizeivizepräsident zu erkennen und forderte die bereits vor mir schlagenden Beamten zur Besonnenheit auf, konnte jedoch nichts mehr ausrichten und bin dabei selbst von einem jüngeren Schutzpolizisten mehrmals mit voller Kraft mit dem Gummiknüppel über den Rücken und linken Arm geschlagen worden. Die Schläge sind mit solcher Roheit ausgeführt worden, daß die ganzen Stellen an meinem Körper stark blutunterlaufen sind. Ich selbst mußte mich zurückziehen, um nicht noch weitere Schläge von diesem jähzornigen Beamten zu erhalten. . . . Oberstleutnant Hellriegel, gleichfalls in Zivil, war es leider nicht mehr möglich, mir rechtzeitig zu Hilfe zu kommen, da die Gefahr bestand, daß auch er, selbst wenn er hätte dazwischentreten können, als „Zivilist" von den prügelnden Polizeibeamten niedergeschlagen worden wäre."

Die „Berliner Volkszeitung" sagt im Kommentar:

„. . . Das Mißgeschick, das Weiß betroffen hat, bedauern wir. Auf der andern Seite ist zu begrüßen, daß er einen Beweis dafür erhalten hat, wie gefährlich der Knüppelkoller ist."

Dem „Berliner Tageblatt" zufolge haben die verantwortlichen Polizeioffiziere dem Polizeipräsidenten Zörgiebel in einer Besprechung erklärt, daß die Beamten durch Beschimpfungen aus der Menge gereizt worden seien. Die Offiziere haben jedoch sämtlich bestritten, daß sie den Befehl zum Gebrauch des Gummiknüppels gegeben hätten. (!) Nach dem Bericht des Blattes haben sich mehrere Privatpersonen als Augenzeugen des Unfalls gemeldet, die erklären, das Verhalten der Schutzpolizisten sei auf das schärfste zu verurteilen, da kein ersichtlicher Grund zum Einschreiten mit den Polizeiknüppeln vorgelegen habe. „Bisher", so berichtet das Blatt weiter, „haben die Beamten der Schutzpolizei, denen sich Dr. Weiß als Polizeivizepräsident zu erkennen gab, noch nicht den Mut gehabt, sich zu melden, so daß erst durch Gegenüberstellung die Schuldigen ermittelt werden müssen."

Auf den Polizeipräsidenten und Sozialdemokraten Zörgiebel macht die ganze Angelegenheit anscheinend durchaus keinen Eindruck. Er erklärt, er ließe sich stets von uniformierten Beamten begleiten und greife nur durch ihre Vermittlung ein. Schon jetzt ist klar zu erkennen, daß Zörgiebel nicht etwa daran denkt, das provokatorische Vorgehen seiner reaktionären Polizeioffiziere, die ihre Mannschaften in bewußter Weise immer wieder gegen die Arbeiterschaft hetzen, einzuschränken. Man sucht nur nach dem „Uebeltäter", der den Polizeivizepräsidenten Weiß den Gummiknüppel zu schmecken gab. Er soll eine exemplarische Bestrafung erhalten. Sonst aber wird alles beim alten bleiben, da der Sozialdemokrat Zörgiebel in seinen reaktionären Offizieren gerade die festesten Stützen seines reaktionären Polizeiregiments sieht.

Die Klassenbedeutung der Maiwahlen

Das Geheimnis der 3¼ Millionen kommunistischer Stimmen

Die 3¼ Millionen kommunistischer Stimmen, die bei diesen Wahlen abgegeben worden sind, haben offensichtlich in der bürgerlichen Welt starken Eindruck gemacht. Auch unsere eigene Partei hat das (berechtigte) Gefühl eines Erfolges, obwohl wir uns vor unkritischem Ueberschwang hüten, obwohl wir uns sagen, noch mehr hätte erreicht werden können und mit der Rücksichtslosigkeit uns selbst gegenüber, die dem Revolutionär ziemt, untersuchen werden, wo Mängel unserer Arbeit liegen, um diese Mängel zu verbessern. Und wenn wir das tun, so tun wir das gewohntermaßen vor der Arbeiteröffentlichkeit, vor den Augen unserer Klasse, deren Vertrauen zu uns nur wachsen wird, wenn sie sieht, wie ernst und selbstkritisch wir mit unserer Aufgabe ringen.

Doch soll hier davon nicht die Rede sein. Wir wollen hier die Klassenbedeutung dieser Wahlen untersuchen. Welche Verschiebung in den gegenseitigen Beziehungen der Klassen drücken sie aus? Wie hängen diese Verschiebungen mit den grundlegenden ökonomischen Faktoren zusammen, welchen weiteren Verlauf dieser Bewegungen haben wir also zu erwarten, oder was ist der tiefere Sinn des an der Oberfläche bleibenden Schlagwortes von der Linksbewegung?

Wir fassen die Frage zunächst an von der Seite der 3¼ Millionen kommunistischer Stimmen. Hier ist vor allem charakteristisch, daß die bürgerliche Presse, obwohl ihr diese 3¼ Millionen kommunistischer Stimmen schwer im Magen liegen, obwohl sie mehr oder weniger klar fühlt, daß hier durch eine sinnfällige Tatsache das Geheimnis der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft ausgesprochen ist, sich wohl hütet, an dies Geheimnis zu rühren.

Um so mehr haben wir Veranlassung, dies Geheimnis klar auszusprechen. Unsere Stimmenzahl hat sich der der Maiwahlen von 1924 genähert. Damals aber zitterten die kapitalistische Wirtschaft und der bürgerliche Staat in Deutschland noch in allen Fugen. Die Inflationskrise war eben überstanden. Die Deflationskrise folgte. Eine riesige Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Sense der Deflation mähte massenhaft faule und schwache Unternehmungen weg. Die Hoffnung auf „bessere Zeiten" erschien erst als schwacher „Silberstreifen" am Horizont. Die bürgerliche Republik war eben der völkischen Bewegung wie der proletarischen revolutionären Herr geworden.

Welch ein anderes Bild vier Jahre später: Hochkonjunktur (wenn sich auch jetzt bereits einige Schatten auf ihr zeigen), riesige kapitalistische Gewinne, genährt durch innere Akkumulation und gewaltige Kapitalzuflüsse aus Amerika, riesige Schritte vorwärts in der Kapitalskonzentration, das städtische Kleinbürgertum wieder erholt, neue Milliarden von Sparkasseneinlagen, die während der Inflation unterbliebenen Anschaffungen von Möbeln, Kleidung usw. nachgeholt. Kurz die „relative Stabilisierung". Politisch eine offensichtliche Befestigung der bürgerlichen Republik — auch hier die „relative Stabilisierung".

Und in einer so gänzlich anderen Lage als sie im Mai 1924 war, 3¼ Millionen kommunistischer Stimmen, nicht wesentlich weniger als vor vier Jahren, also in der Zeit der wirtschaftlichen und politischen Erschütterung. Das ist eine erstaunliche, für die bürgerliche Klasse tief beunruhigende, für die Arbeiterklasse aber höchst ermutigende Tatsache.

Was besagt sie? Sie besagt, daß die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, nachdem sie die Nachkriegskrise überwunden, nachdem sie sich wirtschaftlich und politisch neu stabilisiert hat (so wie das kapitalistisch überhaupt möglich ist) **mitten in der Hochkonjunktur — von neuem einen beinahe ebenso umfangreichen revolutionären Herd im Leibe hat — wie in der Zeit der tiefen Erschütterung vor vier Jahren.** Sie zeigt mitten in der Stabilisierung die neu entfalteten Widersprüche in der Stabilisierung, den neugebildeten revolutionären Krisenherd, sie offenbart den faulen Fleck dieser Stabilisierung, sie zeigt im neuen Aufstieg bereits den neuen Niedergang. Vergleicht man die 3¼ Millionen Stimmen von heute mit den 3¾ Millionen Stimmen vom Mai 1924, so sprechen angesichts der objektiven Lage die 3¼ Millionen kommunistischer Stimmen von heute eine drohendere Sprache als die 3¾ Millionen vom Mai 1924.

Diese 3¼ Millionen kommunistischer Stimmen von heute sind gewiß nicht alles Stimmen bewußter Revolutionäre, aber sie enthalten alle mehr oder weniger bewußt den prinzipiellen Widerspruch zur bürgerlichen Republik und zur kapitalistischen Ordnung, den Willen zum Klassenkampf **gegen** beide und **über** beide hinaus. Wer seine oppositionelle Stimmung im Rahmen der bürgerlichen Republik und der kapitalistischen Ordnung ausdrücken wollte, der gab seine Stimme den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien ab.

Aber das beinahe dreifach stärkere Heer der 9 Millionen sozialdemokratischer Stimmen: enthält es nicht eine starke Gegendosis der Beruhigung, sind das nicht Stimmen für die bürgerliche Demokratie, für den Kampf um Reformen innerhalb der kapitalistischen Ordnung? Diese 9 Millionen Stimmen sind jedoch eine Beruhigung nur für den oberflächlichen, kurzsichtigen Blick, für den, der die augenblickliche Tatsache als solche sieht, aber nicht diese Tatsache als Moment einer **gewaltigen Klassenbewegung**, für die dieser Punkt nur ein Durchgangspunkt, kein Endpunkt ist, die vermöge der Triebkräfte, durch die sie angetrieben wird, **notwendig weiterführen muß.**

Diese 9 Millionen sozialdemokratischer Stimmen tragen in sich einen widerspruchsvollen zwieschlächtigen Charakter. Fast alle bürgerlichen Parteien haben an Stimmen verloren. In den sozialdemokratischen Stimmen vereinigen sich kleinbürgerliche Stimmen, die von den anderen bürgerlichen Parteien abgewandert sind, wie sicherlich noch Millionen von Arbeiterstimmen. In ihnen drückt sich ein Doppeltes aus. Einerseits der beginnende, noch schüchterne Protest des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft gegen das Trustkapital und die Wirkung seiner Herrschaft. Andererseits, daß dieser Protest sich noch im Rahmen der bürgerlichen Republik und der kapitalistischen Ordnung hält. Das erste ist die revolutionäre, das zweite die konservative Seite dieser Tatsache. Beide Seiten sind zugleich in ihr enthalten, durchdringen sich in ihr. Sie erzeugen die widerspruchsvolle Erscheinung einer Befestigung der bürgerlichen Republik, die zugleich ihre kommende Erschütterung in sich trägt.

Aber ein solcher Widerspruch, wie ihn die neun Millionen sozialdemokratischer Stimmen enthalten, muß sich im Laufe der weiteren Entwicklung entfalten, muß auseinandertreten. Praktisch gesprochen, dies Resultat enthält im Keim die Aussicht auf große gesellschaftliche Bewegungen und Erschütterungen. Es beweist zusammen mit den 3¼ Millionen kommunistischer Stimmen, daß die revolutionären Aussichten gut sind, wenn wir richtig zu arbeiten verstehen.

Die Aufgabe unserer Partei besteht darin, durch ihre Politik in die großen Bewegungen der Massen, die das Wahlergebnis offenbart hat, in der Richtung der Entbindung, Beförderung, Sammlung und Organisierung der revolutionären Kräfte aktiv einzugreifen.

Moskau, den 25. Mai 1928.

A. Thalheimer.

Vom Moskauer Sabotage-Prozeß

Im Moskauer Schachty-Prozeß wurde auf Ersuchen des Verteidigers Baschlins, Worm, das Verhör Baschlins über den fünften Abschnitt der ihn betreffenden Anklagen, nämlich seine Beziehungen zu Angestellten der AEG., infolge Erkrankung des Verteidigers des Ingenieurs Otto vertagt. Hierauf wurde mit dem Verhör des angeklagten Bergwerkstechniker Gorlow begonnen, der nicht zu den Hauptfiguren im Prozesse gehört. Gorlow gibt an, Sohn eines Arbeiters zu sein. Angeblich wurde sein Bruder von den Weißen getötet, während er selbst beim Einzug der Weißen in das Donezbecken mit den roten Truppen flüchtete. Er ließ dort seine Frau zurück, die infolge der von der weißen Polizei erlittenen Verletzungen erkrankte und starb.

Die weiteren Aussagen Gorlows beleuchten die von dem angeklagten Ingenieur Kusma und seinen Komplizen verübten Sabotageakte. Gorlow sagt aus, festgestellt zu haben, daß die Arbeit irrationell geführt wurde. „In einem an den Chefingenieur Kusma gerichteten Bericht protestierte ich gegen das Ventilationssystem. Kusma erklärte darauf, ich solle nicht derartige Dummheiten schreiben. In dem Schachte arbeiteten nur 27 Maschinen, während 10 Maschinen als unbrauchbar außer Betrieb gesetzt worden waren. 4 Maschinen „Knapp", die dort verwendet wurden, waren an dieser Stelle völlig unbrauchbar. Kusma und seine Freunde bestellten mehr Maschinen als erforderlich waren. Als ich mich über die Art der Verwendung der Maschinen beschwerte, stellten Kusma und seine Freunde mich als Feind der Rationalisierung hin und drohten mir, mich der GPU. anzuzeigen. Kusma drohte mir auch sofortige Entlassung an, falls ich mich weiter beschweren sollte."

Der Angeklagte leugnet sonst, der konterrevolutionären Organisation anzugehören, gesteht jedoch, 600 Rubel erhalten zu haben. Er äußerte: „Als ich das Geld annahm, fühlte ich, daß ich mich in ein Abenteuer stürzte."

Im weiteren Verlaufe des Verhörs fragt der Vorsitzende Gorlow:

„Sie haben die Schädigungsarbeit bemerkt. Wußten Sie nicht, daß es sich um konterrevolutionäre Sabotageakte handelt?"

Gorlow: „Ich habe nicht geglaubt, daß die Schädigungsarbeit aus konterrevolutionären Absichten geschieht."

Der Verteidiger Kusmas: „Sie haben gegen irrationelle Arbeit protestiert und trotzdem Geld angenommen."

Gorlow: „Ich habe nur vor Entgegennahme des Geldes protestiert."

Das Verhör Gorlows, das sonst keine interessanten Momente brachte, wurde hierauf beendet.

Die Verhandlung wurde auf den 5. Juni vertagt.

General Epp und Noske

Schießerlaß gegen Frauen und Kinder — Noske dankt für die Leistung!

Als neuer Reichstagsabgeordneter der Nationalsozialisten zieht der berüchtigte General von Epp in den Reichstag. Dieser Herr hat die „Rote Fahne" verklagt, weil sie ihn im Wahlkampf als „Arbeiterschlächter" bezeichnete. Die SPD.-Presse gräbt folgende „Leistung" jenes Herrn, einen Schießbefehl, zur Vertreibung von Demonstranten, aus:

Bayr. Schützenbrigade 81
Ia Nr. 11 683.

München, 23. Juli 1919.

An die Stadtkommandantur (zu dort. Nr. 1 S. 629)

„... Die Vorschläge der Stadtkommandantur, trotz der Anrufe der Posten weiter vordringende Volksmengen mit Schreckschüssen aufzuhalten, stehen im Gegensatz zu den bei der Brigade geltenden Prinzipien ... Bekanntermaßen sind Truppen erst dann in der Hand ihrer Führer, wenn durch scharfes Feuer, durch Schießen auf Treffen, Verluste in der angreifenden Menge entstanden sind, wenn dadurch eine unüberbrückbare Kluft zwischen Angreifer und Verteidiger geschaffen ist.

Ich bin entschieden gegen jede Art von Schreckschüssen und stelle mich auf den Standpunkt, daß der Gebrauch der Waffe seitens der Truppe mit allem Nachdruck von vornherein zu geschehen hat.

Ein kritischer Fall ist gegeben, wenn der Angreifer Frauen und Kinder oder Kriegsbeschädigte vor sich hertreibt. Auch in diesem Falle ist das Feuer rücksichtslos zu eröffnen, wobei es sich empfehlen dürfte, vom erhöhten Standpunkt aus gleich vom Anfang an auch mehr gegen rückwärts, wo die Hauptheßer zu suchen sind, zu wirken. Dieses Stockwerkfeuer muß aber schon vorher vorbereitet sein.

gez. Epp, Oberst und Führer."

Dieser Erlaß zeigt, daß Oberst v. Epp brutal und zynisch darauf ausging, möglichst viele Arbeiter zu „erledigen", und daß er dabei vor dem wohlvorbereiteten Abschießen aus den Fenstern, vor dem Schießen auf Frauen, Kinder und Kriegsbeschädigte nicht zurückschreckte. Ein Beleidigungsprozeß gegen die „Rote Fahne" wird Gelegenheit geben, mit diesem Arbeiterfeind in der größten Oeffentlichkeit abzurechnen.

Der Sozialdemokratie aber steht eine Entrüstung über Herrn von Epp sehr schlecht an. Die Freikorps des Obersten von Epp im Jahre 1919 gehörten zu jenen Truppen, die vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann gegen das rote München aufgerufen und von Noske organisiert wurden. Ihr Oberkommandeur war der General von Oven. Ihm schickte im Sommer 1919 der Sozialdemokrat Noske folgendes Danktelegramm:

„Für die umsichtliche und erfolgreiche Leitung der Operationen in München spreche ich Ihnen meine volle Anerkennung aus und der Truppe herzlichen Dank für ihre Leistung.

Der Oberbefehlshaber.
Noske, Reichswehrminister."

Ja, — „herzlichen Dank für ihre Leistung!" Sie sah so aus wie der Schießerlaß des Obersten von Epp!

Schiedsspruch für die Rheinschiffahrt

Tll. **Berlin**, 4. Juni. Im Lohnstreit bei der Rheinschiffahrt ist heute im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt worden. Hiernach bleibt der bis zum 30. April 1928 gültig gewesene Lohn- und Gehaltstarif in Kraft. Diese Regelung kann mit vierwöchiger Frist erstmalig zum 15. Oktober 1928 gekündigt werden. Die Arbeitnehmer sind möglichst sofort, spätestens aber innerhalb einer Frist von zehn Tagen, nachdem der Schiedsspruch Vertrag geworden ist, wieder einzustellen. Maßregelungen aus Anlaß des Arbeitskampfes finden nicht statt. Die Parteien sollen sich bis zum 11. Juni d. J. über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches erklären.

Der Spruch ist eine Provokation. Die Schiffer sollen die Arbeit wieder aufnehmen ohne auch nur einen Pfennig Lohnzulage. Das werden die Arbeiter nicht tun. Im Gegenteil, sie werden die Kampfmittel verschärfen müssen. Die Situation für die Erringung eines Sieges ist durchaus günstig. Der Streik wird eine neuerliche Verschärfung dadurch erfahren, daß auch das Personal der drei bedeutendsten holländischen Rheinreedereien in Rotterdam jetzt in den Streik treten wird. Der Rückgang in der Rheinschiffahrt drückt sich dadurch aus, daß im April der mittlere Umschlag 450 000 Tonnen betrug, davon 319 000 Tonnen Kohle, dagegen in der Woche vom 20. bis 26. Mai nur noch 61 000 Tonnen, davon 10 000 Tonnen Kohle. Anstatt daß die Unternehmer die berechtigten Forderungen der Arbeiter in der Rheinschiffahrt bewilligen, lassen sie lieber rücksichtslos die gesamte Rheinschiffahrt zusammenbrechen. Und werden, wenn die Arbeiterschaft ihren Kampf nicht siegreich beendet, nach Schluß des Kampfes Tausende von Arbeitern wegen „Mangel an Arbeit" auf die Straße werfen. Der Schlichter und Arbeitsminister stehen den Unternehmern bei ihrem schändlichen Treiben hilfsbereit zur Seite. Nun, im entschlossenen Kampf unter revolutionärer Führung würden die Schiffer stark genug sein, auch die vereinte Front der Unternehmer und staatlichen Instanzen zu durchbrechen.

OS.-Bergbauschiedssprüche verbindlich

Gleiwitz, 5. Juni. Gestern meldeten wir das Scheitern der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die drei bekannten Schiedssprüche für den oberschlesischen Erz- und Steinkohlenbergbau. Jetzt hat der Reichsarbeitsminister die Sprüche, die statt der geforderten 20prozentigen Lohnzulage nur 7 Prozent bringen, für verbindlich erklärt. Das oberschlesische „Volksblatt" nimmt das zum Anlaß einer verstärkten Kommunistenhetze. Wir werden auf die nunmehr abgeschlossene Lohnbewegung der oberschlesischen Bergarbeiter noch zurückkommen.

Freitag Parteiführerempfang durch Hindenburg

Berlin, 5. Juni. Wie die „Tägliche Rundschau" berichtet, beabsichtigt der Reichspräsident, am Freitag die Fraktionsführer zu empfangen, um ihre Auffassung über die parlamentarische Lage zu hören. Dementsprechend wird der Reichspräsident dann zu Beginn der kommenden Woche den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen.

Wie der demokratische Zeitungsdienst berichtet, besteht in demokratischen Kreisen die Auffassung, daß der Versuch einer Regierungsbildung im Reiche auf der Grundlage der Großen Koalition gemacht werden müsse, da eine Koalition bestehend aus den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten selbst unter Hinzuziehung der Deutschen Bauernpartei ein absolut unsicheres Gebilde sei. Die Demokratische Partei hat ihren Parteivorstand für kommenden Donnerstag einberufen.

Tschangtsolin in Mukden eingetroffen

Unterwegs ein Attentat!

Tll. **London**, 4. Juni. Aus Mukden in Tokio eingegangene Meldungen besagen, daß eine Brücke in die Luft gesprengt wurde in dem Augenblick, als der Sonderzug Tschangtsolins vorbeifuhr. Vier Wagen des Sonderzuges wurden zerstört. Die Zahl der Toten soll sehr groß sein. Tschangtsolin kam mit leichten Verletzungen davon.

Tll. **Tokio**, 4. Juni. Nach Meldungen aus Mukden ist Marschall Tschangtsolin in der Hauptstadt der Mandschurei eingetroffen. Pressevertretern gegenüber erklärte Tschangtsolin, daß ein Teil seiner Truppen zu Feng übergetreten sei.

Nobile auf Franz-Josefs-Land?

Tll. **Berlin**, 4. Juni. Wie ein amtlicher russischer Funkspruch aus Moskau meldet, hat laut Mitteilung des Vorsitzenden des Bundes der Freunde der Luftfahrt, Unschlicht, die russische Funkstation in Wosnessjenie am Onega-See SOS.-Rufe Nobiles von der „Italia" aus Franz-Josefs-Land empfangen. Die Mitteilung über den Aufenthaltsort Nobiles wäre jedoch nicht zu entziffern gewesen, da die Empfänger die Sprache der Sendenden nicht völlig verstanden hätten. Der Funkspruch sei auch von einer Reihe von Radio-Amateuren aufgefangen worden.

Hierbei handelt es sich offensichtlich um den gleichen Funkspruch, der auch von der drahtlosen Station Sappero bei Hakodate aufgenommen wurde.

Vom Tage

Der Finanzausschuß des Hessischen Landtages hat die Abfindungsvorlage mit dem hessischen Ex-Großherzoghaus abgelehnt.

In Eisenach begann das Wiederaufnahmeverfahren gegen den im März 1924 wegen Gattenmordes zum Tode verurteilten Maurer Leister aus Bremen.

In Genf wurde die 50. Ratssitzung des Völkerbundes mit einigen Jubiläumsphrasen eröffnet.

In einem Prozeß gegen 136 Mitglieder des weißrussischen Bauernbundes Hromada erkannte das polnische Gericht gegen 110 Angeklagte (!) auf längere Freiheitsstrafen.

In Bialystok (Polen) sind gestern sämtliche in etwa 40 großen Fabriken beschäftigten Textilarbeiter in den Streik getreten.

15. Zur Vereinigung der Gewerkschaften Lateinamerikas.

Das Bestreben der Vereinigten Staaten, alle Reichtümer Lateinamerikas an sich zu reißen, ruft bei den Arbeitermassen dieser Länder scharfen Protest hervor. Dieser Protest ist um so stärker, als der amerikanische Imperialismus nicht nur direkt, sondern auch durch seine Helfershelfer in die sogenannte Panamerikanische Arbeitsföderation vorgeht. Die Arbeiterbewegung Lateinamerikas krankt an zwei Uebeln: dem Anarcho-Syndikalismus und dem Reformismus. Die Verschärfung der sozialen Gegensätze, die Unfruchtbarkeit der anarchistischen Taktik, die Ausweglosigkeit der reformistischen Taktik, die Notwendigkeit eines größtmöglichen Zusammenschlusses aller Arbeiter in jedem Lande und der Arbeiterbewegung ganz Lateinamerikas zum Kampf gegen die gemeinsame Gefahr veranlassen die Gewerkschaften dieser Länder, den Weg des revolutionären Klassenkampfes, den Weg des Zusammenschlusses ihrer Kräfte zum Zweck gemeinsamer Aktionen gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten zu betreten. So wurde die Idee der Schaffung eines Lateinamerikanischen Gewerkschaftssekretariats geboren. Die Rote Gewerkschaftsinternationale und alle ihr angeschlossenen Organisationen sollen diese Idee nach Kräften unterstützen, von der Erwägung ausgehend, daß jeglicher Schritt auf dem Weg zur Vereinigung der Arbeiter mehrerer Länder die Arbeiterbewegung der ganzen Welt der Schaffung einer allumfassenden Internationale näherbringt. Selbstverständlich müssen die Anhänger der RGI. alles nur irgend mögliche tun, um es durchzusetzen, daß die neugeschaffene Organisation sich nicht gegen die internationale Gewerkschaftsbewegung abschließt, sondern im Gegenteil als Hebel dazu dient, um die Arbeiterbewegung Lateinamerikas in den Kampf des internationalen Proletariats um seine Befreiung einzureihen.

Im Zusammenhang damit sollen die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale in den Vereinigten Staaten im engen Kontakt mit dem Lateinamerikanischen Sekretariat ganz besondere Aufmerksamkeit der Offensive des nordamerikanischen Imperialismus gegen die Länder Lateinamerikas schenken und gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Gewerkschaftsagentur in Gestalt der Panamerikanischen Arbeitsföderation eine Einheitsfront der Arbeiterschaft Nord- und Südamerikas organisieren.

16. Kampf um die klassenmäßige Einheitsinternationale der Gewerkschaften.

Ungeachtet der hartnäckigen Weigerung der Amsterdamer Internationale, die Forderungen und die Interessen der Massen zu beachten, bleibt doch das Problem der Schaffung einer allumfassenden Einheitsinternationale voll in Kraft. Je mehr Gewerkschaften am Kampf um die Einheitsinternationale teilnehmen, je entschiedener die neuentstehenden internationalen Organisationen (Pazifik-Sekretariat, Lateinamerikanisches Sekretariat) und die internationalen Organe der Einheitsfront (russisch-norwegisch-finnisches Abkommen, russisch-schwedisches und russisch-norwegisches Industriekomitee) für die Einheit eintreten, desto rascher wird es gelingen, die gesamte Gewerkschaftsbewegung der Welt einheitlich zusammenzuschließen und eine mächtige Waffe gegen das Kapital zu schmieden. Um jeden Preis muß man den Widerstand der Amsterdamer brechen, muß man um eine Einheitsinternationale kämpfen, und zwar ungeachtet der Sabotage der reformistischen Bundesgenossen des Imperialismus. Das internationale Proletariat kann nicht so lange warten, bis die Amsterdamer die Einheit wollen. Die Einheit muß man im Tageskampf gegen das Kapital und seine reformistischen Lakaien erobern. Man muß den breiten Arbeitermassen klarmachen, wozu eine Einheitsinternationale notwendig ist und wodurch diese Vereinigte Internationale sich von der Amsterdamer Internationale unterscheiden soll. Die Arbeiterklasse braucht eine Internationale für die Bekämpfung der Bourgeoisie und nicht für eine Verständigung mit ihr, sie braucht eine Internationale für die Organisierung einheitlicher internationaler Aktionen gegen das Kapital, um mit vereinten Kräften den Kampf der Arbeiter dieses oder jenes Landes, dieses oder jenes Industriezweiges zu unterstützen. Die Arbeiterklasse braucht die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung, und deshalb müssen alle Anhänger der RGI. die Massen ohne Mitwirkung und entgegen dem Willen der die Einheit sabotierenden reformistischen Führer vereinigen und unermüdlich an der Schaffung einer einheitlichen klassenmäßigen Kampfinternationale der Gewerkschaften arbeiten.

Angesichts der Tatsache, daß die internationalen Berufssekretariate hinsichtlich ihrer Politik und praktischen Tätigkeit sich in nichts von der Amsterdamer Internationale unterscheiden, daß die Notwendigkeit koordinierter internationaler Aktionen im Hinblick auf das Anwachsen der internationalen Kartelle und Trusts zu einer immer mehr gebieterischen wird, erachtet es der IV. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale für erforderlich, die Tätigkeit des revolutionären Flügels der Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Gewerbszweigen zu entfalten und zu steigern. Zu diesem Zweck ist es einerseits notwendig, ganz besondere Beachtung der Organisierung der Arbeiterschaft der wichtigsten Industriezweige zu widmen (Kohle, Eisen, Elektrizität, Gas, Chemieindustrie, Wasser- und Eisenbahntransport) und andererseits die internationalen Propagandakomitees in organisierende und leitende Organe der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter der entsprechenden Berufszweige zu verwandeln. Eine heftliche Industrieinternationalen werden bloß im zähen Kampf gegen die Internationalen Sekretariate und ihre verräterische Politik geschaffen werden.

17. Unsere Schwächen und Fehler.

Um auf dem Weg zur weiteren Eroberung der Massen erfolgreich weiterzuschreiten, muß man unsere Schwächen und Fehler, die sich in den letzten Jahren herausgestellt haben, mit der größten Nüchternheit ins Auge fassen. Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung kann nur wachsen und gedeihen, wenn ernste Selbstkritik geübt wird. Unsere Feinde aus den Kreisen der Bourgeoisie und des Reformismus werden diese Selbstkritik im eigenen Interesse auszunutzen trachten. Kein Revolutionär kann und darf jedoch auf Selbstkritik nur aus dem Grunde verzichten, weil diese von den Feinden des Proletariats ausgenützt werden könnte. Alle der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Organisationen sollen ihre Tätigkeit unentwegt auf dem Wege der Selbstkritik von Gewerkschaftsfragen in Vollversammlungen der Verbandsmitglieder, der Klarlegung der Mängel, nach jedem größeren Streik oder einer sonstigen größeren Aktion nachprüfen. Die wichtigsten Fehler und Mängel der revolutionären Gewerkschaftsbewegung bestehen im folgenden:

1. Wiederholung von Parteilosungen und Parteiprogrammen anstatt der Ausarbeitung eines eigenen Programmes praktischer Gewerkschaftsforderungen.

2. Ungenügende Beachtung der Organisierung der Unorganisierten und mangelndes Verständnis dafür, daß für viele Länder (Frankreich, Vereinigte Staaten, Japan u. a.), dies der wichtigste Weg zu den Massen ist.

3. Proklamierung von Losungen, die der objektiven Situation nicht entsprechen (Arbeiterkontrolle und Nationalisierung in Deutschland.)

4. Mißverhältnis zwischen der Natur des Streiks und den Losungen (Losung des Sturzes des bürgerlichen Staats und der Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland während des letzten Konfliktes in der Hüttenindustrie.)

5. Allzu leichtfertiges Verhalten zu Streiks (Frankreich) und mangelnde Einsicht dessen, daß jeder durch unser Verschulden verlorene Streik die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung schwächt.

6. Disproportion zwischen dem politischen Einfluß und der organisatorischen Verankerung dieses Einflusses (Frankreich, Tschechoslowakei, Deutschland u. a.).

7. Ungenügende Einsicht in die Taktik der Einheitsfront und der Einheit als wichtigster Methode zur Eroberung der Massen (Vereinigte Staaten, Frankreich u. a.).

8. Nicht genügend energische Bekämpfung der Ausschlüsse und der Zuwiderhandlungen gegen die Gewerkschaftsdemokratie (Deutschland, England u. a.).

9. Unzulängliche Verbindungen zwischen den Betriebsarbeitern und den Leitungen (Frankreich, Tschechoslowakei u. a.).

10. Ungenügende Beweglichkeit unserer Organisationen, unzulängliches Vermögen, auf die die Arbeitermassen bewegenden Fragen zu reagieren und die Initiative der Massen wachzurufen.

11. Nicht genügend sorgfältige Auswahl von Gewerkschaftsfunktionären; ungenügendes Vermögen, neue junge Kräfte an leitende Stellungen in den Gewerkschaften vorrücken zu lassen.

12. Unzulängliche Durchführung des demokratischen Zentralismus in sämtlichen Gliedern der gewerkschaftlichen Organisationen.

13. Ungenügende Beachtung der Pflege der Tagesinteressen und der Befriedigung der Ansprüche der Arbeiterschaft, was das wichtigste Mittel zur Eroberung der Massen in allen Ländern ist.

14. Mangel an systematischer Arbeit seitens der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Gewinnung der Arbeiterinnen und Jugendlichen für die Gewerkschaften und ihre Heranziehung zu leitender Gewerkschaftsarbeit.

All diese Mängel, die in verschiedenen Kombinationen in allen Ländern anzutreffen sind, müssen um jeden Preis behoben werden, sonst kommt das Wachstum der revolutionären Gewerkschaftsbewegung zum Stillstand.

18. Aktionsprogramm.

Ausgehend von den sich mit jedem Tag verschärfenden sozialen Konflikten, von der Rechtsentwicklung der reformistischen Spitzenorganisationen und der Linksentwicklung der Massen, der fortdauernden politischen und ökonomischen Offensive des Kapitals, fordert der IV. Kongreß der RGI. alle revolutionären Arbeiter auf, die Kräfte des Proletariats auf der Grundlage folgenden Aktionsprogramms zu sammeln:

1. Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, um den 7-Stundentag als maximalen Arbeitstag und um den 6-Stundentag unter Tag, in gesundheitsschädlichen Betrieben und für Jugendliche unter 18 Jahren.

2. Kampf gegen alle Erscheinungen, die mit der kapitalistischen Rationalisierung verknüpft sind, durch Steigerung der Löhne, Verbesserung und Sanierung der Arbeitsbedingungen in den rationalisierten Betrieben usw.

3. Kampf gegen die Herabsetzung des Lebensniveaus, um die Steigerung der Reallöhne, gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

4. Kampf gegen irgendwelche Besteuerung der Löhne und um Abwälzung der gesamten Steuerlast auf die Schultern der herrschenden Klasse.

5. Kampf um eine staatliche Versicherung der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter für sämtliche Lohnarbeiter. Kampf um das gleiche Recht auf Unterstützung für erwerbslose Frauen.

6. Kampf um den Frauen- und Kinderschutz und um den Mutterschutz.

7. Kampf um eine entfaltete Gewerkschaftsdemokratie, gegen die geringsten Versuche, die Rechte der Verbandsmitglieder zu beschneiden, gegen Ausschlüsse und Repressalien seitens der Gewerkschaftsbürokratie, um unbehinderte Redefreiheit innerhalb der Gewerkschaften.

8. Kampf um die Gewinnung der Ungelernten und Unorganisierten der Arbeiterinnen und der Arbeiterjugend für die Verbände.

9. Kampf gegen die Errichtung irgendwelcher Rassenschranken in der Gewerkschaftsbewegung, gegen die Sonderung der Gewerkschaften nach nationalen und religiösen Merkmalen.

10. Kampf gegen die faschistischen, gelben und nationalistischen Gewerkschaften, um völlige Freiheit der Klassenverbände, Versammlungs- und Streikfreiheit, Freiheit der Gewerkschaftspresse usw.

11. Kampf gegen das Zwangsschlichtungsverfahren, gegen die Verweisung von Konflikten zwischen Arbeit und Kapital an bürgerliche Gerichte, gegen die Unterstützung von Streikbrechern durch den Staat, gegen die Einmischung der Justiz und der Polizei in die Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse.

12. Kampf um die Einheitsfront, um ein Bruderbündnis der Arbeiter aller Richtungen in ihrem Kampf gegen das Kapital und den bürgerlichen Staat.

13. Kampf gegen die Spaltungen und um die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation auf der Grundlage des Klassenkampfes in jedem Land.

14. Kampf gegen jegliche Formen der Arbeitsgemeinschaft der Klassen, gegen den Industriefrieden, gegen den Burgfrieden, gegen die Gewinnbeteiligung, gegen die Teilnahme der Gewerkschaften und der Betriebsräte an der Steigerung der Arbeitsproduktivität in kapitalistischen Betrieben usw.

15. Kampf um die Verwandlung der Genossenschaften in den kapitalistischen Ländern in echte Organisationen der Arbeiterklasse, die die Arbeiterschaft bei ihrem Kampf gegen den Kapitalismus zu unterstützen vermögen.

16. Kampf um die brüderliche Annäherung zwischen den Arbeitern der kapitalistischen Länder und dem siegreichen Proletariat der USSR.

17. Energischer Kampf um die Schaffung von Internationalen Einheitskomitees nach Industrien.

18. Kampf um die Schaffung einer einheitlichen, die Gewerkschaften aller Länder, alle Rassen und alle Kontinente umschließenden Klasseninternationale.

Dieses Aktionsprogramm, das als internationale Plattform der Einheitsfront dienen kann, muß man unter den breiten Massen möglichst popularisieren und mit dem Kampf um die Annäherung zwischen den Arbeitern des Westens und denen des unterdrückten Ostens, mit dem Schutz der chinesischen Revolution, mit der Bekämpfung des imperialistischen Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes, mit der Bekämpfung der faschistischen Reaktion, der imperialistischen Kriege und der Versuche zur Einkreisung und Blockade der USSR., mit der Unterstützung der Arbeiterbewegung der Länder des weißen Terrors und des Faschismus usw. verknüpfen. Hauptsache ist die Mobilisierung der Massen auf der Grundlage konkreter Forderungen und ständige unablässige Beachtung der Tagesforderungen der Arbeiterklasse.

19. Hinein in die Massen!

Wichtigste Aufgabe aller Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale ist möglichst tiefes Vordringen in die Betriebe. Die Reaktion wächst mit jedem Tag, die Einheitsfront der Unternehmer, der Sozialdemokratie und der Amsterdamer arbeitet daran, die Betriebe von revolutionären Arbeitern zu säubern. Die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale werden die Schläge der faschistischen Reaktion und des weißen Terrors nur in dem Maße abzuwenden vermögen, in welchem sie mit der Arbeitermasse organisch verbunden sind. Jeder Betrieb, jedes Unternehmen muß zu unserer Festung werden. Nur in dem Fall, wenn wir in das Innerste der Massen vordringen, werden wir unausrottbar sein. Aus diesem Grunde wendet sich der IV. Kongreß an sämtliche Anhänger der RGI., an sämtliche Vorkämpfer um die Befreiung der Arbeiterklasse mit dem Aufruf: „Hinein in die Betriebe! Hinein in die Massen!

PASSAGIERE DER III. KLASSE

Roman von Kurt Kläber

36

Das fuhr uns in die Nasen, und da wir alle nicht von Pappe waren und die Schießprügel auch während der Arbeit nicht aus der Tasche nahmen, wollten wir ihn beim Wort nehmen!

Es war an einem Nachmittag!" der Schotte putzte sich erst die laufende Nase und wischte sie nach allen Seiten blank, „der smarte Alfonso wollte uns gerade in die Goldminen hinunterjagen. „Hallo!" bellte da der dicke Pole und hielt die anderen zusammen. Er setzte, nachdem wir uns alle in einem großen Kreis um ihn und um den Bellernden gesammelt hatten, erst ein kleines Karbidfaß sorgfältig nieder, legte unter seinen blechernen Schutz zwei oder drei der gelben kurzen Dynamitrollen. Der immer weiter schimpfende Alfonso, der noch nicht begriff, was die Stunde geschlagen hatte, fuhr in der Zeit mit seinen Armflügeln gegen uns los wie ein eingefangener Sperber. Als er aber sah, wie der dicke Pole an die letzte Patrone eine Zündschnur band und sie dann sorgfältig über den Sand ringelte, schien er die Geschichte langsam zu begreifen!

Erst wurde er nur blaß. Dann rannte er wie ein Gestochener gegen unsere Umzäunung. Sie gab aber nicht nach, und so prallte er wieder zurück. „Mister," sagte nun der Schießmeister, und näherte sich dem um sich Schlagenden, „was hast du? Wir wollen doch nichts weiter, als einmal sehen, ob du wirklich so mutig bist, wie du gesagt hast. Setze dich also tapfer auf den Blechtopf, und wenn ich bis sechzig gezählt habe, darfs du aufstehen und zu uns herüberkommen. Bleibe aber nicht länger sitzen. Bei 65 fliegst du in die Luft!

Laß es dir aber genau so wenig einfallen," der Dicke schob dem zitternden Alfonso sein unrasiertes Gesicht unter die Nase, „aufzuspringen, bevor ich 60 gezählt habe. Jeder von uns hat ein Schießeisen bei sich. Es fährt dir sofort zwischen die Knochen!"

Der Alfonso war nach dieser Anrede schon so klein und ängstlich geworden, daß er zitterte, und der Dicke, der ihn an den Schultern gefaßt hatte, mußte ihn bis zum Blechnapf schieben. Dort schlug er ihn wie ein Metzger zwischen die Beine, und der Zitternde fiel auf den Blechnapf nieder. Als der Pole aber nach der Zündschnur griff und sie anzünden wollte, schnellte der Schlotternde schon wieder schreiend in die Höhe. Erst unsere Pistolen und unsere entschlossenen Gesichter überzeugten ihn, daß er entweder bis 60 warten mußte oder von uns niedergeknallt wurde. Er fiel das zweitemal zurück. Sein geschniegeltes Gesicht zerlief dabei wie ein überreifer Käse, und die großen, immer kalbiger werdenden Augen schlossen sich.

Ob er das Zählen des Polen gehört hat, und wie lange er sitzen geblieben ist, weiß ich nicht. Wir türmten gleich, als er die Augen geschlossen hatte, mit unseren Maultieren und dem Erzstein nach den Mühlen. Als wir aber am Nachmittag wieder heraufkamen, war er noch so klein und zittrig wie eine gebadete Maus. Er lief um uns herum, als hätte er sieben schlechte Gewissen, und am nächsten Tage packte er seine ganzen Sachen und rückte aus.

Was ihn am meisten geärgert hat, erzählt uns später der Pole lachend, der in seiner Nähe geblieben war, war die unumstößliche Tatsache, daß er vor gefüllten Sägespänhüllen so gezittert hatte. Ich habe sie ihm nach meinem Zählen und nachdem er mit gesträubten Haaren und blaß wie ein Halbgehängter hinter das Haus gestürzt kam, mitsamt der ausgebrannten Zündschnur unter die Nase gehalten. Er hat noch mehr gebrüllt als auf der Blechkiste, und sein Gesicht ist blauer geworden als ein Himmelszipfel."

Sogar der lange Engländer lachte dröhnend, als der Schotte seine Geschichte schloß, und der Amerikaner schob blinzelnd und anerkennend seine Brillengläser hoch.

„Kameraden!" sagte er, nachdem sich das Lachen etwas gelegt hatte, „mir fällt ein ähnlicher Spaß ein. Er ist noch lustiger, und der Hereingefallene war ein fetter Pastor."

Er begann gleich. „Wir arbeiteten in Oklahoma. Fast alle in Petroleum. Es war nicht gerade eine gute Arbeit, und sie wurde außerdem sehr schlecht bezahlt. Eines Tages streikten nun aus irgendeinem Grunde die Schlosser in den Betrieben. Den Unzufriedenen kam die Gelegenheit wie gerufen. Bald lagen wir alle auf der Straße, auch einige kleine Berufe in der Stadt. Es war ein richtiges Streikfieber. Jeder und jede wollten plötzlich höheren Lohn haben.

Die Streiker blieben auch alle fest, trotzdem sich die Petroleumbrüder gleichfalls verbanden, den Sheriff bestachen, daß er mit der ganzen Miliz zu ihnen überging und uns auch sonst noch alles auf den Leib hetzten, was in den Vereinigten Staaten gern und freudig gegen die Arbeiter losmarschiert. Sogar Streikbrecher, besonders Schwarze, ließen sie in ganzen Zügen kommen. Sie steckten sie hinter die Pumpen und auf die Bohrtürme und erwarteten, daß uns langsam die Luft ausginge.

Es war aber gerade Hochsommer, und auf den Feldern stand eine gute Ernte. Die Unverheirateten wetzten darum alle Sensen oder saßen auf Mähmaschinen, und für die Verheirateten war noch genügend Geld in den Kassen.

Die Oelbrüder spuckten Feuer und Galle und geiferten alle Gemeinheiten über die tapferen Streiker, als sie das erfuhren. Sie hatten auch schon schwere Verluste. Es waren ein paar Brände entstanden, und in die großen Pumpsysteme war Unordnung gekommen. Sie wollten aber trotzdem nicht nachgeben, und als auch die verschärften Maßnahmen der Polizei uns nicht vor die Arbeit brachten, verschrieben sie sich zur letzten Hilfe und Rettung einen Pfarrer.

Wir lachten hell auf, als wir durch die Zeitungen hörten, daß ein angehender Bischof aus dem Norden in die Stadt käme und wir mit seiner Hilfe und Wort Gottes zur Vernunft gebracht werden sollten und zurück in die Fabriken. Wir gingen sogar in großen Massen auf den Bahnhof, stimmten ein großes Gelächter an, als wir seine Dickleibigkeit sahen, daß die frommen Seelen erschrocken in die Nebenstraßen flüchteten, und als er zu uns sprechen wollte, schrien wir ihn nieder.

Der Gottesmann war aber mutiger, als er aussah. Er begann mit seinen Rettungsversuchen trotz unseres Konzerts noch am gleichen Tage. Und er machte es wirklich nicht schlecht. Er zog mit Trara und einigen großen Trommeln auf einem Leiterwagen durch alle Straßen und donnerte die Vorübergehenden an, als wären sie allesamt große Sünder. Er sprach dabei nicht gleich vom Streik. Er lief mit seinen Worten um die ganzen Staaten, und was er besonders betonte, war das Wort „Vaterland". Amerika ist das größte und schönste Land. Das gewaltigste Land, beinahe das Reich Gottes auf Erden. Seine Bürger sind auch die besten Bürger. Die patriotischsten Bürger. Engel — wenn Amerika das Reich Gottes auf Erden ist. Jeder muß deswegen auch alles tun, damit das Land so groß, so schön, so gewaltig bleibt, ja, daß es noch größer, noch schöner wird. Und dann ließ er auf einmal seine Zunge noch besser spielen. Er drehte die Worte zwischen seinen Lippen wie ein Jongleur. Er machte sie sauer und kalt, hitzig und boshaft, zackig und scharf, und er bog sie so lange, bis er plötzlich vom Reich Gottes mitten in unserem Streik war.

(Fortsetzung folgt.)

A Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Breslau A

Norden

A. BLOCH
Breslau-Norden
Matthiasstraße 73
84694

Matthiasstraße 59
bei
Paul Rogoll
kauft man Möbel gut und billig
84763

Lebensmittelhaus Scholz
früher P. Märsche, Oelsnerstraße 15
Magazin für Lebensmittel aller Art
84716

Fleischerei und Wurstfabrik
Paul Berndt, Weißenburger Straße 4
84546

Bäckerei und Konditorei
Menzel, Schwenckfeldstraße 31
84593

Auguste Hahn,
Hirschstraße 79
ff. Fleisch und Wurstwaren
84595

W. Zembrod, Waterloostraße 11
Kaffee — Tee — Kakao — Schokolade
Tabak, Zigarren, Zigaretten, Weine
84520

Radio-Spezial-Haus
Kurt Bomeyer
Kreuzburger Straße 4
84771

Musikhaus „Odertor"
Vinzenzstraße 59, Ecke Elbingstraße
Musikinstrumente aller Art
84565

Odertor-Fischhalle, Waterloostraße 13
Eigene Fischräucherei. Spez. Räucherschotten. Original Hübners Jungbier Verk. v. 8—7 Uhr. Auch an Wiederverk.
84755

Fritz Scholz
Inh. Erich Ruschitzka
Eisenwarenhandlung
Matthiasstraße 91/95, am Waterlooplatz
84762

Gaststätte „Oderstrand"
Uferstraße 43
Verkehrslokal aller Genossen
84496

Wörther-Drogerie
Karl Silbern, Wörther Straße 12
84517

Fleischerei und Wurstfabrik
Ernst Reichelt, Waterloostraße 24
84518

Fleisch- und Wurstwarengeschäft
Rudolf Broßler, Bismarckstraße 17
84525

Bäckerei
Gottfried Delke, Bismarckstraße 35
84526

Schuhhaus Sabath
Reparaturwerkstatt, Bismarckstraße 10
84527

A. Grabis, Ottostraße 24
empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren
84530

Bäckerei und Konditorei
Kurt Hoffmann, Enderstraße 3
84540

Bäckerei und Konditorei
Paul Mücke, Weißenburger Straße 6
84545

Bäckerei und Konditorei
Karl Pratzka, Matthiasstraße 152
84548

Kolonialwaren, Konserven, Schokoladen
Weine / A. Rauhut, Matthiasstr. 186
84550

C. Simon, Scheitniger Straße 11
Wäsche / Leinen / Modewaren
84489

Fahrräder, Näh- u. Sprechmaschinen
M. Bittner, Scheitniger Straße 38
84490

Bäckerei und Konditorei
Walter Bumble, Scheitniger Straße 44
84491

Lebensmittelgeschäft
Gertrud Schäfer, Uferstraße 20
84495

Kolonialwaren und Spirituosen
Hermann Nemela, Trebnitzer Str. 9
84500

Lebensmittel
Ernst Hildebrand, Kletschkaustraße 18
84502

Fritz Groß, Vinzenzstr. 9, Ecke Mehlgasse
empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren
84503

Fleischerei und Wurstfabrik
Friedrich Kempe, Kospothstraße 39
84735

Paul Scholz / Weinstraße 83
ff. Fleisch- und Wurstwaren
84736

Kurt Boer, Heinrichstraße 19
Fleischerei und Wurstfabrik
84737

Fleischerei und Wurstfabrik
Max Bräuer, Schießwerderstraße 30
84741

Kolonialwaren, Farben, Spirituosen
Paul Urban, Schießwerderstraße 32
84742

Fleisch- u. Wurstwaren / O. Meltzer
Schießwerderstraße 45, Ecke Wäldchen
84743

Bäckerei und Konditorei
Alfred Krautwald, Mehlgasse 30
84744

Fleischerei und Wurstfabrik
Franz Daumann, Mehlgasse 55
84745

Gut u. preiswert kaufen Arbeiter in der
Bäckerei F. Berger, Kreuzstraße 38
84746

Reserviert
84747

Fleischerei und Wurstwaren
Paul Nitschke, Adolfstraße 14
84749

Reserviert Nr. 406
84752

Fleisch- u. Wurstwaren / Paul Weitzer
Schleiermacherstraße 42, Ecke Reuterstr.
84756

Fleischerei und Wurstfabrik
Richard Nitschke, Herzogstraße 25
84757

Matthias-Drogerie / Joh. Alt
Matthiasstraße 121, am Weißenbg. Pl.
84759

Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Max Niesner, Matthiasstraße 42/44
84765

Kolonialwaren / Spirituosen
Johannes Lubinsky, Matthiasstraße 89
84766

Alfred Menzel, Weinstraße 56
Kolonialwaren
84768

Beachten Sie das vorzügl. Programm
der Odertor-Lichtspiele, Weinstr. 53/55
84769

Karl Lugan
Matthiasstraße 170
84552

Bäckerei und Konditorei
Herm. Scholz, Scheitniger Straße 21
84591

Kolonialwaren und Delikatessen
Emil Scheunert, Schwenckfeldstr. 15
84593

Fahrräder, Motorräder, Reparaturen
Fritz Dittman, Schwenckfeldstr. 32
84594

Fahrradhaus G. Franz, Rosenstr. 30
Vorzeiger dieses Inserates 5% Rabatt
84506

Otto Krause, Elbingstraße 28
empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren
84507

Kolonialwaren :: Spirituosen
Richard Schmidt, Hermannstraße 21,
Ecke Kletschkaustraße
84513

Bäckerei und Konditorei
Gustav Feiertag, Elbingstraße 5
84515

Strumpfhaus Matthias, Matthiasstr. 144
Wollwaren — Trikotagen — Wäsche
84547

Mehl und Futtermittel
Vogelfutter, Kolonialwaren 84494
Max Klamert, Scheitniger Straße 16

Reuter-Drogerie — Kospoth-Drogerie
N. Adalbertstr. 110 — Weinstraße 68/70
Drogen, Farben, Photo 84754

Max Kühler
Kletschkaustraße 20 und Bellstaffelstraße
Bäckerei und Konditorei 84501

Gustav Malz, Scheitniger Straße 28
Uhrmachermeister 84493
Uhren : Goldwaren : Reparaturwerkstatt

H. Mach, Enderstraße 6
Pinsel- und Bürstengeschäft
84541 Haus- und Küchengeräte

Obst-, Südfrüchte-Detailverkauf
zu Engrospreisen 84516
R. Knappe, Kletschkaustr. 16, Ecke Bergmannstr.

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Gartenbauartikel 84683
Oswald Förster / Matthiasstraße 170

Storch-Drogerie
J. Bohnstedt, Matthiasstraße 35
84656

„Nothenberg"
84488

Fahrradhaus Werner, Werderstraße 26
Fahrräder, Nähmaschinen, Reparatur.
84687

Fleischerei und Wurstfabrik
Fritz Scholtz, Werderstraße 49
84688

Fahrradhaus
A. P. Hagendorf, Bismarckstraße 28.
84528

Fleischerei und Wurstfabrik
Berthold Zobirei, Kospothstraße 11
84713

Lebensmittelhaus
Wilh. Dworog, Ottostraße 46
84529

Fleischerei und Wurstfabrik
Richard Stampe, Kospothstraße 5
84714

Bäckerei und Konditorei
Ernst Völkel, Michaelisstraße 28
84715

Bäckerei und Konditorei
Josef Schmolke, Oelsnerstraße 18
84717

Fahrradhaus „Odertor"
Am Wäldchen 9. Eig. Rep.-Werkstatt
84740

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Böhm, Matthiasstraße 88
Ecke Enderstraße
84551

Linden-Drogerie / Vinzenzstraße 7
Inh.: Apotheker F. Schulz
Drogen / Farben / Verbandsstoffe
84508

Paul Locker, Bismarckstraße 24
Fleischerei und Wurstfabrik
84524

Südfrüchte, Obst, Gemüse, Delikatessen,
Konfitüren
Berta Luchs — Enderstraße 10
84542

Fleisch- und Wurstgeschäft
Georg Winkler, Enderstraße 23
84543

Fahrradhandlung
M. Freier, Weißenburger Straße 17
84544

Hut-Hönisch
Matthiasstr. 139 — Michaelisstr. 20
84549

Julius Rauchfuß, Scheitniger Straße 33
Gaststätte, Fabrikation und Verkauf
von allen Spirituosen
84492

Lebensmittel — Ed. Strachotta
Ritter- und Garten-Markthalle-Galerie
u. H. Titze Nachf., Trebnitzer Straße 32
84497

Paul Herrmann
Trebnitzer Straße 64
Bäckerei u. Konditorei
84402

Fahrradhaus Wilh. Muths
Trebnitzer Str. 34 (neben Verlagsgeb.)
Fahrräder, Ersatzteile, Reparaturen
84400

Haus- und Küchengeräte
Eisenwaren — Werkzeuge
A. Glensch, Vinzenzstraße 31
84504

Fleischerei und Wurstfabrik
Fritz Schulz, Heinrichstraße 15
84788

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Werkzeuge
Friedrich Paesler, Moltkestr. 15
84739

Gut und preiswert kaufen Arbeiter
Fleisch u. Wurstwaren bei Paul Lindner
Kreuzstraße 55, Ecke Lehmdamm
84748

Schuhhaus »Odertor«
B. Jacobsohn, Rosenthaler Str. 59
Schuhwaren aller Art preiswert u. gut
84750

Fleischerei und Wurstfabrik
Robert Horn, Wilhelmsbrücke 2
Ecke Schießwerderstraße
84751

Drogerie „Zum großen Kurfürsten"
Richard Ellson
Matthiasstr. 161/163
84758

Schuhhaus Karl Pache
Matthiasstraße 134
gegenüber der Michaelisstraße
84760

Spezialgeschäft in Glas-, Porzellan-,
Steingut-, Haus- u. Wirtschaftsartikeln
Matthiasstr. 103 — Genossen 5 Prog.
84761

Fahrräder
P. Kotzerke, Matthiasstraße 98
84764

MAX TRAPKE
Matthiasstraße 39
Fahrräder — Reparaturwerkstatt
84767

Molkerei Karl Hermann
Milch — Eier — Butter — Käse
Kreuzburger Straße 22
84770

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Werkzeuge
August Teich, Matthiasstraße 45a
84685

Fahrradhaus Prokopetz
Gneisenauplatz 2, Ecke Martinistraße
Fahrräder, nur führende Marken
84689

Paul Tangelst, Fahrradschlossermeister
Fahrräder — Ersatzteile
Reparaturwerkstatt. — Kohlenstraße 26
84690

Musikhaus Waterloostr. 3
Schallplatten sämtliche Fabrikate
Sprechapparate von Mk. 18.— aufwärts
84521 Auf Wunsch Teilzahlung

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Reinhold Fischer
Trebnitzer Straße 13
84514

HALPAUS MOCCA 5 Pfg
4517

Westen

Musikhaus Melzer Musikinstrumente aller Art. Teilzahlung Friedrich-Wilhelmstr. 36
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft
84568

Trinkt nur Milch aus der Alsen-Molkerei
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft in Milch, Butter, Eier und Käse.
H. Neugebauer, Alsenstraße 86. 84573

Fisch-Spezialgeschäft
K. Schürzel, Frankfurter Str. 127 84569

Blumen- und Kranzbinderei
Luise Duchale, Friedrich-Wilhelm-Str. 82
84562

Fische und Räucherwaren nur von
Karl Ullrich, Frankfurter Straße 168
84570

Bäckerei und Konditorei
Wilh. Schöfer, Lange Gasse 70
84566

Lebensmittel — elektrische Rolle
Berta Herbst, Bärenstraße 27
84657

Kolonialwaren
B. Winkler, Friedrich-Karl-Str. 51
84661

Schokoladen — Konfitüren — Bonbon
Paky Jacob, Friedrich-Wilhelm-Str. 16
84563

Franz Gröschel
Drogen, Farben — Leuthenstraße 60
84578

Flughafen-Drogerie
Drogen — Farben — Photos 84579
Karl Elias, Frankfurter Straße 163

Arbeiter-Verkehrslokal
Hermann Kipke, Frankfurter Straße 72
84662

Eßt mehr Früchte
aus der Südfruchthalle
A. Petrausch, Friedrich-Wilhelm-Str. 38
84564

Fahrräder — Sprechapparate
Reparaturen/Lieferant f. Partei u. RFB.
E. Reimann, Frankfurter Straße 183
84571

Katzbach-Drogerie
Fritze Hanke, Frankfurter Straße 165
Drogen — Farben — Bohnerwachs
84572

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven
Weine, Zigarren, Zigaretten, Tabake
Fr. Rzchulka, Alsenstr. 48, Ecke Leuthenstr.
84576

Kolonialwaren — Delikatessen
Tabakwaren — 8% Rabatt
Egon Kraus, Schweitzerstraße 9
84581

Lebensmittel — Weine — Tabake
Otto Dindas, Bärenstraße 31
Einkaufsstelle aller Werktätigen!
84583

Alfons Goldberg
Feine Fleisch und Wurstwaren
Pöpelwitzstraße 32
84584

Deine Schuh für groß und klein
kaufe nur im Schuhmarkt
Alsenstraße 23 ein.
84585

Lebensmittel/Spirituosen/Tabakwaren
P. Gebauer, Posener Straße 27
Ecke Alsenstraße
84656

Hausfrauen! Lebensmittel
bei Selma Seiffert, Fischergasse 16
84658

Leinenhaus Gotthard Völkel
Friedrich-Wilhelm-Straße 51 — Albrechtstr. 56
Berufskleidung. Wäsche aller Art. Federdichte Inletts.
Gute Qualitäten. Niedrige Preise. 84720

Bekleidungshaus J. Ruben
Frankfurter Straße 60 62, am Bahnhof Nikolaitor
Günstige Einkaufsquelle der organis. Arbeiterschaft
Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß. 84567

Kolonialwaren
Tabake — Kaffee
Georg Kotterba
Bergstraße 22
84588

Kolonialwaren
Tabake, Zigaretten
Richard Bothe
Bergstraße 35
84587

Fritz Geissler
Bärenstraße 15
Wäsche
Trikotagen
84582 Strümpfe

Schuh-Reparatur
„Alsen" Nur Alsenstr. 74
Verarbeitung von
pa. Kernleder. 84580

Hermann Kammler
Hildebrandtstr. 7
Billigste Bezugsquelle
i. all. Kolonialwaren
84577

Jeder Arbeiter
kauft seine
Backwaren bei
Pajonk
84574 Andersenstr. 22

M. Freier
Frankfurterstr. 48
Lebensmittel aller
Art und Weine.
84565

G. Schönrich, Frankfurter Str. 115/117
Wäsche — Trikotagen — Strümpfe
84566

Denkt daran! Lederwaren kauft nur bei
Josef Ronge
Friedrich-Wilhelm-Straße 83
84663

Schuhhaus A. Wisgott
Die Einkaufsquelle der Arbeiterschaft
100 Friedrich-Wilhelm-Straße 100
84664

Kauft nur
bei R. Polke, Andersenstraße 16. 84575

Fahrradhaus Dressler
Bärenstraße 9
Presto, Hänel, Victoria und Ost-Räder
Teilzahlung gestattet
84659

Genossen! Fleisch und Wurstwaren
bei Kurt Kattge, Leuthenstraße 46
84660

Vortreffliche Lagerbiere — Brauerei Sarrau — Vortreffliche Lagerbiere
84731

„Einfach vernichtend für die SPD.“!

Die Kritik des Sozialdemokraten Adler — Koalitionspolitik ist Betrug an den Arbeitern

Neun Millionen sozialdemokratischer Stimmen am 20. Mai. Was bleibt davon? Nach dem Willen des sozialdemokratischen Parteivorstandes einige Ministersessel in der Großen Koalition für die Herren Severing und Kompanie, im übrigen aber Fortsetzung des Bürgerblockkurses in Außen- und Innenpolitik, in Wirtschafts- und Sozialpolitik, in Fragen der Reichswehr und der Polizei: Mietwucher und Steuerraub, Schlichtungsschwindel und Arbeitslosenelend — **alles soll beim alten bleiben.**

Die **Arbeiter**, die am 20. Mai der SPD. Gefolgschaft leisteten, sind **anderer Meinung.** Gewiß gibt es unter ihnen noch Hunderttausende, die vorerst auch auf die Koalitionsphrasen des sozialdemokratischen Parteivorstandes vertrauensvoll eingehen. Aber es mehrt sich täglich der **Widerstand**, täglich **wächst** die Zahl derer, die sich unten in den Massen der sozialdemokratischen Proletarier gegen den geplanten Verrat auflehnen.

In dieser Situation setzt das Zusammenspiel der rechten und linken SPD.-Führer ein. Der „Vorwärts“ verkündete am Sonntag das Severing-Programm: keine großen Abmachungen und Bindungen, sondern frisch, fromm und fröhlich hinein in die Koalition. Tags darauf opponierte die „linke“ SPD.-Presse. „Bedingungslose Regierungsbeteiligung?“ Nein, das darf es nicht geben, die Koalition muß „mit Bedingungen“ abgeschlossen werden. Der Kampf gegen die Koalitionspolitik überhaupt, wie ihn die sozialdemokratischen Arbeiter verlangen, fällt bei dieser Gelegenheit sachte unter den Tisch. Und schon ist der „Vorwärts“ zur Stelle und verkündet: bedingungslos? So haben wir's nicht gemeint.

So wird in trautem Zusammenspiel der angeblich „linken“ mit den rechten Führern alles aufgeboten, um den proletarischen Widerstand gegen den Koalitionsverrat abzubiegen.

Doch die Dinge haben ihre eigene Logik. Um den Anschluß an die empörten Arbeitermassen nicht zu verpassen, müssen die linken Führer der proletarischen Mißstimmung gegen die offizielle SPD.-Politik mehr oder minder große Konzessionen machen, müssen hier und da einiges aus der Schule plaudern.

Manche solcher linkssozialdemokratischen Eingeständnisse werden, aus den historischen Bedingungen des Weges der deutschen Arbeiterklasse heraus, ungewollt zu Hemmnissen für die zentristische Politik der linken SPD.-Führer selbst. Unfreiwillig bewirken sie, daß die sozialdemokratischen Arbeiter nachdenklich werden, während sie doch gerade dieses Denken einschläfern wollten.

Einer von diesen linken Sozialdemokraten ist der **Austromarxist** Max Adler, der im Juni-Heft der sozialdemokratischen Zeitschrift „Der Klassenkampf“ einen Leitartikel über den Ausgang der Reichstagswahl und die künftige Politik der SPD. veröffentlicht.

Was er an Eingeständnissen über den Charakter der Sozialdemokratie bei dieser Gelegenheit ausplaudert, verdient zur Kenntnis der sozialdemokratischen Arbeiter gebracht zu werden. Denn die SPD.Presse wird die Auslassungen ihres Parteigenossen Adler schwerlich wiedergeben.

Wen haßt, wen liebt die Bourgeoisie?

Max Adler beginnt mit der Bewertung des Wahlerfolges der SPD. seitens der bürgerlich-liberalen Presse. Die Freundschaft der bürgerlichen Koalitionsparteien und ihrer Presse für die Sozialdemokratie sollte **„stutzig machen“**. Dann fährt der Sozialdemokrat Max Adler fort:

„Diese Haltung der bürgerlichen Linksparteien . . . erhält dadurch ihre besondere Folie, daß sie das Emporschnellen der kommunistischen Wahlstimmen als „Schandfleck“ oder jedenfalls als die traurige Seite des Wahlergebnisses registriert. Wir Sozialdemokraten haben früher stets als einen sicheren Kompaß den Haß der bürgerlichen Gegner angesehen. Wir haben uns gehütet, ihren Beifall zu erhalten, geschweige denn, daß wir danach begehrt hätten. Und wir waren stets der Meinung, daß jede zutagetretende Befriedigung im bürgerlichen Lager über unsere Haltung eine unabweisliche Aufforderung für uns sein muß, uns einer scharfen Selbstkritik zu unterziehen. Wenn sich jetzt vollends diese bürgerliche Genugtuung an unseren Erfolgen mit der lobenden Abgrenzung von den Kommunisten verbindet, wenn es soweit gekommen ist, daß die bürgerlichen Linksparteien, die nicht nur Intellektuelle und Beamte, sondern besonders auch besitzende Kreise vertreten, in der Sozialdemokratie gar keinen wirklichen Feind der kapitalistischen Gesellschaft und des Klassenstaates mehr erblicken, sondern die alles nur mehr bei den Kommunisten fürchten, dann müssen wir sagen, daß eine solche Einschätzung der Sozialdemokratie für ihre zukünftige Entwicklung als proletarisch-sozialistische Partei einfach vernichtend ist. Denn wenn die Sozialdemokratie von ihren politischen Gegnern gar nicht mehr als klassenrevolutionäre Partei ernst genommen wird, so ist dies doch nur möglich, wenn man damit rechnen kann, daß die revolutionäre Einstellung bei den Massen ihrer Anhänger eben nicht vorhanden ist . . . Kurz, in dieser Wertung, wenn sie verdient ist, würde sich kundtun, daß die Sozialdemokratie eben aus einer revolutionären, die heutige Gesellschaft verneinenden Partei sich in eine Reformpartei verwandelt hat, die prinzipiell mit anderen demokratischen und fortschrittlichen Parteien des Bürgertums auf demselben Boden steht, nur daß sie sich mehr für die Arbeiter als für das Bürgertum interessiert.“

„So haben es die SPD.-Wähler nicht gemeint“

Das ist in der Tat eine Fülle bitterer Wahrheiten für die SPD.: Bürgerliche **Genugtuung** gegenüber der Sozialdemokratie, Haß und Furcht nur gegenüber den **Kommunisten, Nicht-mehr-Ernstnehmen** der SPD. seitens der Bourgeoisie, und zum Schluß die „einfach vernichtende“ Feststellung, daß sich die Sozialdemokratie **in eine bürgerliche Partei** wie die **„anderen** Parteien des Bürgertums“ gewandelt hat. Kein sozialdemokratischer Arbeiter kann an diesen Feststellungen des Sozialdemokraten Max Adler vorübergehen!

Max Adler führt dann aus, daß die Frage, ob die SPD. in die Koalition eintrete, keine bloße deutsche, sondern eine **internationale** Frage sei. Er schreibt:

„Gerade mit Rücksicht auf die Gesundung der Sozialdemokratischen Partei, auf die notwendige Ueberwindung ihrer inneren Schwäche, hervorgerufen durch die Belastung mit einem bloß auf demokratische und sozialpolitische Reformen gerichteten rechten Flügel, ist die Entscheidung über die jetzt einzuschlagende Reichspolitik von größter Schicksalsbedeutung für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie und darüber hinaus für die Entwicklung des proletarischen Sozialismus überhaupt . . . Wem das Wort von der Notwendigkeit von der Internationale des Proletariats keine bloße Phrase ist, mit der man Versammlungen am Schluß effektvoll nach Hause schickt, dem muß bewußt sein, daß von der Entscheidung über die Richtung der sozialdemokratischen Politik in Deutschland die gewaltigen Rückwirkungen nicht nur auf das Verhältnis der Rechts- und Linksströmungen der sozialdemokratischen Parteien aller Länder ausüben werden, sondern insbesondere auf das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei in allen Ländern.“

Und dann wirft der Sozialdemokrat Adler die Frage auf, wie die künftige Koalitionspolitik der SPD. sich zu dem verhält, was die sozialdemokratischen Arbeiterwähler sich am 20. Mai von der Wahl der SPD.-Liste versprochen haben. Adler schreibt:

Von diesem Gesichtspunkt aus kann es nun nichts Verhängnisvolleres geben, als die Entscheidung für eine Koalitionspolitik. Sie bedeutet vor allem die äußerste Verschärfung des Richtungsgegensatzes in der Partei selbst. Millionen von sozialdemokratischen Wählern, die es bisher vielleicht noch gar nicht so deutlich empfunden haben, wird es nun klar zu Bewußtsein gebracht werden, daß ein großer Widerspruch zwischen dem klassenrevolutionären Geist, aus dem heraus sie sozialdemokratisch gewählt haben, und der Politik besteht, die nun im Namen der Partei eingeschlagen wird. Vieler Genossen wird sich eine große Enttäuschung bemächtigen, die in der Stimmung zum Ausdruck kommen wird: „So haben wir es nicht gemeint, als wir Liste 1 wählten.“ Und eine große Entfremdung gegenüber der Parteipolitik wird diese Schichten erfassen, die mit dem alten ruhmvollen Namen der „internationalen revolutionären Sozialdemokratie“ noch innerlich verbunden sind.“

Enttäuschung über den Klassenverrat, über den Betrug, den die SPD. mit dem Abschluß der Koalition an ihren neun Millionen Wählern plant, — das ist es, was Max Adler zugeben muß!

„Eilige Sorge, es sich im Staate bequem zu machen“

Max Adler analysiert sodann die politische Bedeutung der Koalitionspolitik der SPD.:

„Das ist das Entscheidende bei dieser Frage nach der Beschaffenheit der zukünftigen sozialdemokratischen Politik, daß die Koalitionspolitik zur Machtbetätigung der Sozialdemokratie gar nicht notwendig ist, sondern im Gegenteil für sie nur hinderlich wird, wenn sie freilich eine revolutionäre Politik sein und bleiben will und nicht vielmehr bloß eilige Sorge hat, es sich im Staate möglichst bequem zu machen. . . . Kann und wird das Zentrum der Koalition zuliebe seine klerikale Gesinnung, seine feindliche Stellung gegen eine freie Schule, freie Wissenschaft und Kunst und freie Lebenshaltung aufgeben? Werden die Demokraten, die Partei des gebildeten Bürgertums, aber auch der Händler und Geschäftsleute, es der Koalition zuliebe zulassen, daß an die Grundlagen der heutigen Kultur, wie sie verstehen, an die Profitwirtschaft, ernstlich Hand angelegt wird? Oder wird die Deutsche Volkspartei, die Partei der großbürgerlichen Ordnung und Autorität, ihre Hilfe dazu hergeben, der Koalition zuliebe, sich wieder an der Austreibung des Herrschaftsgeistes aus der Reichswehr, Bürokratie und Justiz zu beteiligen? Und wenn dies alles nicht zu erwarten ist, wenn die Sozialdemokratie aus der Koalition weder einen nennenswerten Gewinn für die Bekämpfung des Klerikalismus, noch des Obrigkeitsregimes in Verwaltung, Gericht und Heerwesen, noch der Kapitalsherrschaft über die Arbeiter davontragen kann, den sie nicht auch durch ihre Opposition erzielen könnte, wozu ist dann die Koalition gut?“

Das ist eine Frage, die auch die SPD.-Arbeiter sicherlich aufgreifen werden.

„Durch und durch bürgerlich“

Max Adler fährt fort:

„Ein warnendes und sehr lehrreiches Beispiel sowohl für die Machtbeschränktheit eines Sozialisten innerhalb des kapitalistischen Systems als auch für die dadurch entstehende **notwendige Erschütterung des Vertrauens** der proletarischen Massen gegenüber ihren Funktionären ist die Entwicklung des Schlichtungsverfahrens...“

Und er faßt sein vernichtendes Urteil über die Koalitionspolitik der SPD. zusammen:

„Und diese Politik, die sich solcherart selbst um ihren geschichtlichen Erfolg bringen muß, wirkt um so erbitternder, weil nichts dazu zwingt. Denn die früheren Rechtfertigungsgründe, die eine Koalition der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien sogar notwendig machten, nämlich die Verteidigung der Republik und die Bekämpfung einer chauvinistischen Außenpolitik, liegen heute nach dem allgemeinen Urteil aller Kenner der deutschen Volksströmungen gar nicht mehr vor.“

*

Max Adler führt sodann aus, daß die Argumentation der SPD.-Presse, die stärkste Partei müsse auch unbedingt in der Regierung sitzen, **„durchaus den Geist der bürgerlichen Demokratie“** atme. Für die bürgerlichen Parteien treffe das zu, weil sie „ja einig sind in bezug auf ihre prinzipielle Einstellung zum Staate und zur **kapitalistischen Wirtschaftsordnung“**. Adler fährt dann fort:

Nur also derjenige, **der durch und durch bürgerlich denkt**, könnte meinen, daß diese Rolle der Opposition die Sozialdemokratische Partei zur Unfruchtbarkeit verurteile. Es gehört zu dem **psychologischen Verbürgerungsprozeß eines großen Teiles der Partei**, daß er die Stellung der Opposition gar nicht mehr auszuhalten vermag, weil er Opposition mit Machtlosigkeit verwechselt und die vorübergehenden Erfolge realpolitischer Aktion mit Fruchtbarkeit identifiziert.“

Max Adlers Eingeständnisse bezeugen den **politischen Bankrott der SPD.** Eine verbürgerlichte Führerschaft betreibt eine **bürgerliche Politik** zum Schaden der Arbeiterklasse. Das ist es, was hier aus sozialdemokratischem Munde voll und ganz bestätigt wird.

Adler selbst zieht keine Konsequenzen aus seinen Erkenntnissen. Die sozialdemokratischen **Arbeiter** aber werden **weniger inkonsequent** sein. Ihr Bleiben kann nicht sein in der Partei, deren **Verrat** an den Klasseninteressen des Proletariats selbst ein hervorragender sozialdemokratischer Führer nicht mehr zu leugnen wagt. **Der Platz der klassenbewußten SPD.-Arbeiter, denen es ernst ist mit dem Willen zum Sozialismus und zum Klassenkampf, ist in den Reihen der Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, der Partei Lenins!**

Eugen Levinè,
vor neun Jahren, am 5. Juni 1919, erschossen!

Er stand an der Mauer und sah im Land
die weißen Garden regieren.
Sein letztes Wort, als die Kugel ihn fand:
„Wir werden wieder marschieren!“

Kalinin zum Schachty-Prozeß

Gegen deutsche Pressehetze

Moskau, 1. Juni. In einer Rede auf dem Landwirtschaftskongreß führte Genosse Kalinin in Beantwortung einer Frage über die Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland u. a. aus:

„Die Behauptung einiger deutscher Blätter, daß die Verhaftung deutscher Ingenieure angeblich künstlich in Verbindung mit dem Schachty-Prozeß gebracht wurde, ist eine Erfindung. Jeder denkende Mensch wird leicht begreifen, daß die Verhaftung der Ingenieure ausschließlich durch das gegen sie vorliegende Anklagematerial veranlaßt wurde.

Aus der Tatsache der Verhaftung deutscher Ingenieure kann nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß wir die Handlungen dieser Personen mit den deutschen Firmen in Beziehung bringen. Nach meiner Meinung bestehen durchaus keine Gründe dafür, deutsche Firmen der Beteiligung an den den verhafteten Ingenieuren zur Last gelegten Handlungen zu verdächtigen. Ich muß bemerken, daß der Schachty-Prozeß die Zahl der in der Sowjetunion tätigen deutschen Fachleute nicht verringert hat. Das ist der beste Beweis, daß wir den einzelnen Fall der Heranziehung von zwei deutschen Ingenieuren zur Verantwortung nicht mit unseren allgemeinen Beziehungen zu Deutschland verknüpfen.

Nach meiner Ueberzeugung wird sich der Oberste Gerichtshof ausschließlich durch die Bestimmungen des Sowjetrechts leiten lassen, das strenger ist als das bürgerliche Recht. Er wird die Schuldigen bestrafen und die Unschuldigen freisprechen.“

*

Diese Ausführungen des Genossen Kalinin sind eine klare Antwort auf deutscherseits erhobene Anschuldigungen, als wäre die Sowjetregierung an der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und der USSR. schuld. Die deutsche Regierung nahm die Verhaftung konterrevolutionärer Verschwörer und Verbrecher in der Sowjetunion zum Anlaß und zum Vorwand, um die beabsichtigte Verschärfung des sowjetfeindlichen Kurses vorzunehmen. Die Sowjetregierung stellt nun fest, daß sie für die Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zwischen ihr und Deutschland alles tut.

Damit wäre der üblen Hetze der deutschen Presse gegen die Sowjetunion der Boden entzogen. Die Fortsetzung des sowjetfreundlichen Kurses deutscherseits trotz dieser Erklärungen Kalinins wird zeigen, daß die deutsche Bourgeoisie auch um neue Vorwände nicht verlegen ist, wenn sie ihren sowjetfeindlichen Kurs „begründen“ will. **Kein Erpressungsmanöver der deutschen Regierung wird aber die proletarische Staatsmacht davon abhalten, sich gegen überführte konterrevolutionäre Verbrecher mit der größten Energie zur Wehr zu setzen.** Das hat Genosse Kalinin trotz der entgegenkommenden Form seiner Rede mit aller Deutlichkeit gesagt.

Jugoslawische Regierung duckt vor Italien

TU. **Belgrad**, 2. Juni. Die jugoslawische Regierung hat der italienischen Regierung ihr Bedauern zu den Zwischenfällen in Sebenico und Spalato ausgesprochen und Schadenersatz für die Italienern zugefügten Schäden zugesagt.

Oberschlesien

Die Hohenzollerngrube vor dem Arbeitsgericht

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Vor einigen Tagen klagte der Betriebsrat der Hohenzollerngrube Beuthen vor dem Beuthener Arbeitsgericht in Sachen des Hauers Sonnenberg, der beschuldigt wurde, passive Resistenz gegen die beklagte Grube begangen zu haben. Der Hauer Sonnenberg war beim Kläger vier Jahre lang als Hauer beschäftigt, galt als der beste Arbeiter, der immer über seine Sollzahl förderte bis zum Februar 1928, da er ein paar Tage nicht seine Sollzahl von 20 Kasten Kohle gefördert hatte, auch nicht fördern konnte. Die Grubenverwaltung rechnete das dem Hauer als passive Resistenz, d. h. böse Absicht und kündigte diesem die Arbeit, da er angeblich laut Beweisaufnahme und Zeugenvernehmung vor Gericht mehrere Male etwa zwei Kasten weniger gefördert hatte. Außerdem hatte er sich erlaubt, seine Mitarbeiter am anderen Arbeitsfeld aufzusuchen. Dafür hatte ihn die Verwaltung an einen anderen Arbeitsplatz verlegt, an dem er mit seinen Kameraden nicht in Berührung kam. Weil der Hauer nun vorschriftsmäßig seine ausgebohrten Löcher besetzte und abschoß, wie er es im Schießkursus eingepaukt bekam, so konnte er die ausgespannte Sollzahl die drei Tage jeden Tag an einer anderen Strafnummer nicht fördern. Am dritten Tage verunglückte er. Trotzdem wurde ihm die Kündigung ausgesprochen.

Da jedoch sämtliche von der Verwaltung abgeschossenen giftigen Pfeile usw. gegen den armen Kumpel nicht wirkten, verurteilte das Arbeitsgericht die Verwaltung zur Zahlung von 810 Mark für ausgefallenen Lohn und eventuelle Wiedereinstellung. Das Urteil wurde begründet mit der Feststellung, daß der Beklagte dem Kläger hätte länger als zwei bis drei Tage Zeit lassen sollen, um festzustellen, ob die Minderleistung auf sachlichen Ursachen oder auf passiver Resistenz beruhe.

Die Verhandlung beleuchtete wieder einmal blitzlichtartig die Antreiberei auf der Hohenzollerngrube.

Morde und Selbstmorde im Lande Utitzkas

Freitag nachmittag wurde im Hause Sternstraße Nr. 13, in der Wohnung des verstorbenen Rektors Sternagel, die 30 Jahre alte Rosa Baron ermordet aufgefunden. Am Begräbnistage des Rektors kam auf telephonischen Anruf die Mutter der Ermordeten nach hier. Mit einem Schupobeamten ging die alte Frau in die Wohnung des Rektors, wo aushilfsweise die Rosa B. beschäftigt war. Die Wohnung war verschlossen und wurde gewaltsam geöffnet. Die Ermordete lag, den Kopf mit einem Tuche verbunden, mit einem Schläfenschuß, tot in der Küche. Als mutmaßlicher Täter kommt ein Verwandter, der Zimmermann Josef Baron aus Vogtsdorf, in Frage. Derselbe hat versucht, sich in Groschowitz ebenfalls gestern das Leben zu nehmen. Mit einer 0,8-Pistole brachte er sich einen Kopfschuß bei. In hoffnungslosem Zustande wurde er ins Krankenhaus geschafft. Der Fall ist noch nicht voll geklärt.

*

Freitag mittag spielte sich in Kobylno im Landkreis Oppeln eine ähnliche Tat ab. Der Rentenempfänger Skiba geriet mit seiner Frau in Streit und stach sie mit einem Messer derartig, daß sie bald darauf verstarb. Der Mann warf sich am Nachmittag in Jellowa auf die Schienen und fand dadurch den Tod.

*

Drei Morde in dem katholischen Landkreise Oppeln in kurzer Zeit. An einem Tage zwei weitere und zwei Selbstmorde. In Brieg in Schlesien aus dem Landkreise nach einem Kindesmord, der Doppelselbstmord des Liebespaares Grabowitz-Schiller. Das fromme Oberschlesien ist nicht nur das Land der Fememorde, sondern auch das der Morde und Selbstmorde.

Hindenburg

Die Arbeitsmarktlage in Hindenburg. In der letzten Woche hat sich die Arbeitsmarktlage gegenüber der Vorwoche im allgemeinen nicht wesentlich verändert. In der Landwirtschaft konnten ein Bursche innerhalb Schlesiens und ein Mädchen in Hannover untergebracht werden. Im Bergbau wurden im hiesigen Bezirk 102 Grubenarbeiter eingestellt. Außerdem wurden vermittelt: Metallverarbeitung fünf, Holz- und Schnitzstoffgewerbe eine, Gesundheits- usw. -Pflege eine, Baugewerbe vier, Gast- und Schankwirtschaft vier, Verkehrsgewerbe drei, häusliche Dienste 27, Lohnarbeit wechselnder Art fünf, kaufmännische Angestellte zwei. Notstandsarbeiter sind in der Berichtswoche nicht untergebracht worden. Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger ist um 15 Personen gestiegen, die der Krisenunterstützten um fünf Personen gesunken.

Zunehmen der Verkehrsunfälle. Auch im Monat Mai haben die Verkehrsunfälle wiederum zugenommen. Während im Monat April im ganzen 29 zur Anzeige gelangten, wurden bis zum 30. Mai schon 33 Verkehrsunfälle gemeldet, bei denen leider zwei Personen tödlich verunglückten. Sieben Personen wurden schwer, 16 (darunter fünf Kinder) wurden leicht verletzt. Die Unfälle wurden in 22 Fällen von Kraftfahrzeugen verursacht, während die anderen auf Fuhrwerke und Radfahrer zurückzuführen sind. Die Schuld an dieser außerordentlichen Zunahme der Verkehrsunfälle wird den Kraftwagenführern beigemessen.

Beuthen

5 Mark Zoll für ein gestohlenes Fahrrad. Ein Arbeiter aus polnisch-Oberschlesien sollte einen Zoll von 45 Mark für ein Fahrrad entrichten, trotzdem es ihm gestohlen wurde. Er weigerte sich natürlich, den unerhört hohen Betrag zu zahlen und wurde dann benachrichtigt, daß „aus Billigkeitsgründen der Betrag auf 5 Mark ermäßigt sei". Also der Arbeiter büßt erst sein Fahrrad ein und muß oberdrein noch dazuzahlen. So arbeitet die kapitalistische Gesetzesmaschine — schreibt uns der betreffende Arbeiter —, und bemerkt treffend dazu: „Dem Arbeiter werden 5 Mark aus der Tasche gezogen, dem Wilhelm nach Doorn schickt man gestohlenes Eigentum des Volkes zollfrei nach Doorn."

Paulau. Ein Kind totgefahren. Der fünfjährige Sohn des Zementarbeiters Josef Rostek lief in einem unbewachten Augenblick während des Spielens in ein daherkommendes Lastauto der Brauerei Gottmann hinein. Er wurde vom Auto erfaßt und zu Boden geschleudert. Der Tod trat sofort ein. Den Führer trifft nach Aussage von Augenzeugen keine Schuld, da das Kind ganz plötzlich aus einem Hausflur auf die Straße lief.

Peuschkau

Ausflugsscheine nach der Tschechoslowakei. Durch die Neuregelung der Bestimmungen über die paßtechnische Behandlung des deutsch-tschechoslowakischen Grenzverkehrs hat die Polizeiverwaltung Patschkau die Berechtigung erhalten, neben der bisherigen Ausstellung von Ortsausweisen auch die Ausstellung von Ausflugsscheinen vorzunehmen. Ein solcher Ausflugsschein ist gültig zum Grenzübertritt über die Grenzstrecke von Weißbach, Kalkau, Heinersdorf, Obergostitz, Kamitz und Leuthen bis Barzdorf, Weidenau, Janernig, Schloß Johannesberg, Krautenwalde, Obergostitz und Weißwasser zum dreitägigen Aufenthalt im Gebirge-Grenzbezirk. Die Gebühr für die Ausstellung des Scheines beträgt nur 50 Pfg. Zur Ausstellung des Ausweises ist die amtliche Bescheinigung über die Persönlichkeit mit Lichtbild vorzulegen. Danach haben Auswärtige die Möglichkeit, die Grenze über Patschkau nach der Tschechoslowakei zu überschreiten. Die Ausstellung von Ausflugsscheinen erfolgt durch die Polizeiverwaltung auch an Sonn- und Feiertagen in der Zeit von 7,30 Uhr bis 9,30 Uhr und von 10,30 bis 12 Uhr.

Oppeln

Münzfernsprecher auf dem Ringe.

Gegenwärtig ist die Post dabei, auf dem Ringe einen Münzfernsprecher aufzustellen. Man beseitigt so langsam wieder ein Uebel, denn bis jetzt mußten die Nichtbesitzer eines Telephons sich immer bis zur Post bemühen oder bei Bekannten herumbetteln. Es ist aber erforderlich, daß noch mehrere Münzfernsprechstellen errichtet werden.

Lehrlingsaus—„bilder"

Ein Arbeiter schreibt uns: Eine feine Marke in der stiftezüchtenden Kollektion der Oppelner Kraute ist der Bäckermeister Machon, Karlstraße. Die Einhaltung der vorgeschriebenen Arbeitszeit beachtet Machon nicht. Früh um 4 Uhr anfangen und abends um 10 Uhr aufhören ist dort die Regel. Selbst Sonntags werden die Lehrlinge in Anspruch genommen. Arbeiten wird groß und Essen klein für die Lehrlinge geschrieben. Auch bei den Lehrmädchen dasselbe Bild. Zwischen Haushalt und Geschäft wird kein Unterschied gemacht. Sparsam, wie Machon ist, entläßt er sein Dienstmädchen und benutzt die Lehrmädchen der Bäckerei zum Stubenwischen, Aufwaschen, Kinderhüten usw. Die Zustände spotten, kurz gesagt, jeder Beschreibung. Wir erwarten, daß sich die Aufsichtsbehörde schnellstens mit diesem „Betrieb" beschäftigt.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. Freitag, den 8. Juni, 19,30 Uhr im Schützenhaus, Obervorstadt, wichtige Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Distrikts-Konferenz der „Arbeiter-Esperantisten". Vor kurzem kamen in Oppeln (Oberschlesien) die Delegierten des „Arbeiter-Esperanto-Bundes", Distrikt Schlesien, zusammen, um einen Rückblick über die Bewegung zu halten. Als Auftakt grüßte die Ortsgruppe Oppeln mit einer Ausstellung, die gemeinschaftlich mit den dortigen „Arbeiter-Radio-Freunden" veranstaltet wurde. Um 20 Uhr fand ein Begrüßungsabend statt, in dessen Mittelpunkt ein Werbevortrag des Genossen Heretsch-Breslau stand. Helle Begeisterung lösten die anschließend vorgelesenen Begrüßungsschreiben und -Telegramme des Auslandes, u. a. aus England und Rußland, aus. Vertreter der KPD., der Gewerkschaften und anderer proletarischer Organisationen überbrachten freundschaftliche Grüße und wünschten der Tagung und der Bewegung die besten Erfolge. Besonders die „Arbeiter-Radio-Freunde" sprachen sich für eine unbedingtes Zusammengehen von Radio und Esperanto aus. — Die Konferenz selbst fand um 9 Uhr ihren Anfang und zog sich bis 17 Uhr hin. Die Berichterstattung der einzelnen Gruppen zeigte, daß unsere Bewegung unaufhaltsam vorwärtsschreitet. Insbesondere sind es die Arbeitersportler, die sich mehr und mehr für Esperanto interessieren. Aber auch an Ortsgruppen konnten wir unseren Bestand um fünf erhöhen. Mit dem Wunsche des Distriktsleiters, Genossen Emil Brauner-Waldenburg, auch in Zukunft treu und unerschütterlich zu unserer Bewegung zu halten, wurde die Konferenz geschlossen. Nächster Tagungsort ist im Herbst 1928 Waldenburg.

Achtung, Tabakarbeiter!

An die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes Wahlkreis 2 (Gaue und Bezirke Berlin, Elbing und Breslau)

In der Zeit vom 3. bis 10. Juni findet in den Zahlstellen die

Wahl zum Internationalen Tabakarbeiter-Kongreß

statt. Die Berliner Kollegenschaft hat als oppositionellen Kandidaten des 2. Wahlkreises den

Kollegen Gustav Armbrust-Berlin
1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Berlin

einstimmig aufgestellt.

Wie wir feststellen konnten, fordert der Angestellte der Zahlstelle Elbing des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes und Unteroffizier im Reichsbanner, Baumhardt, durch Rundschreiben die Zahlstellen auf, die Kollegenschaft zu veranlassen, den Kandidaten der reformistischen Richtung, Georg Fischer, zu wählen.

Berlin, die größte Zahlstelle im Gau, hat es abgelehnt, Fischer aufzustellen, weil die Mitglieder mit dessen reformistischer Tätigkeit nicht einverstanden sind. Auch im Gau hat Fischer wiederholt Proben seiner reaktionären Tätigkeit geliefert, indem er Kämpfe, die zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in einzelnen Zahlstellen ausgebrochen waren, zu unterdrücken versuchte.

Dem Reformisten Fischer kann deshalb kein klassenbewußter Tabakarbeiter seine Stimme geben.

Alle wählen den Kandidaten der revolutionären Opposition

Gustav Armbrust-Berlin

Die Opposition kämpft für die Erringung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Tabakindustrie und tritt für die Anwendung klassenkämpferischer Methoden im Kampfe gegen das Unternehmertum ein. Sie kämpft

Für die Beseitigung des Schlichtungswesens!

Für die Umstellung der Berufsverbände zu Industrieorganisationen!

Gegen die reformistische, unternehmerfreundliche Politik der sozialdemokratischen Verbandsführer!

Die Opposition fordert vom Internationalen Kongreß u. a.:

Kampf um die Herabsetzung der Arbeitszeit im Tabakgewerbe auf 7 Stunden im internationalen Maßstab!

Bildung einer einheitlichen Tabakarbeiter-Internationale!

Zusammenschluß der Internationale der Tabakarbeiter mit der Internationale für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe!

An unsere Arbeiterkorrespondenten

1. Nur mit Tinte, höchstens mit Bleistift, aber niemals mit Tinten- oder Kopierstift schreiben.
2. Jedes Blatt darf nur auf einer Seite beschrieben sein.
3. Schreibe Namen, Adressen und Zahlen recht deutlich, denn der Setzer kann nicht alles erraten.
4. Vergiß nicht, Namen und Adresse anzugeben. Einsendungen ohne Unterschrift können wir nicht veröffentlichen, da sie schwer nachzuprüfen sind.
5. Da manchmal Nachforschungen notwendig oder andere Schwierigkeiten zu überwinden sind, so sei nicht gleich erbost, wenn Deine Zuschrift nicht sofort am nächsten Tage erscheint.
6. Unser Raum in der Zeitung ist beschränkt, deshalb keine Allgemeinheiten, sondern nur Tatsachen schreiben.
7. Adressiere stets an: Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" in Breslau 10, Trebnitzer Straße 50.
8. Wichtige Ereignisse teile der Redaktion telephonisch, telegraphisch oder per Eilbrief mit.

Briefkasten

Patschkau. Artikel war zur Veröffentlichung nicht geeignet.
Friedland. Artikel erscheint in der Wochenausgabe.

Der Faschismus wütet. (Esperanto-Dienst.) Vor einigen Tagen wurde von der polnischen Polizei die sozialistische Vereinigung der Jungstudenten, „Leben", verboten. Das Büro der linken sozialistischen Partei wurde von der Polizei heimgesucht und die Anwesenden verhaftet.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Bielwald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Theodor Lellek, Gleiwitz — Für Inserate W. Gerber Breslau.

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 2. 6. bis Freitag, den 8. 6. täglich 20 Uhr
Schieber des Ruhms
Sonnabend, den 9. 6. 20 Uhr:
Zum ersten Male:
Saisonausverkauf 1928
Revue von Paul Varnay und Carl Behr
Musik von Harry Balton.

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 2. 6. bis Freitag, den 8. 6. täglich 20 Uhr
Bürger Schippel
Sonnabend, den 9. 6. 20 Uhr
Zum ersten Male:
Der letzte Schleier
Ein Stück in 3 Akten von G. W. Wheatley.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36300
Täglich 20 Uhr
Eine einzige Nacht

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Montag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie D 21
Tosca
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 21
Madame Butterfly
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 21
Der Postillon von Lonjumeau
Hierauf
Das Fest des Königs
Donnerstag, 19 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 21
Der Rosenkavalier
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 21
Zum letzten Male
Josua
Sonnabend, 20 Uhr
Der fliegende Holländer
Sonntag, 11.30 Uhr
Oeffentliche Generalprobe
Der Zar läßt sich photographieren

Wissen Sie einen Käufer für eine Nähmaschine?
Teilen Sie mir Ihre Adresse mit, zahle Ihnen hohe Provision. Offerten unter B 127 an die Expedition dieser Zeitung

Zurückgekehrt
Dr. E. Büchler
Glogauer Str. 3

Sie verdienen täglich
10 Mark mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen

Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter Roßhaar, Garn, Knöpfe Kernseife, Erdal
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
Berth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Oderstr. 17
Weißgerbergasse 43

In Ihrem Interesse
liegt es, sich bei Einkäufen stets auf die „Arbeiter-Zeitung" zu beziehen

Riesige Auswahl! — Staunend billige Preise!

Kinderwagen
Promenadenwagen
Klappwagen
Metall-Bettstellen
Korbmöbel
Kinderklappstühle
Puppenwagen
Sehenswerte Ausstellung 1. a. Abteilungen
Suchantke
Breslau, Ohlauer Straße 14

Ergebnisse und nächste Aufgaben der internationalen Gewerkschaftsbewegung

Thesen zum Bericht von A. Losowsky, angenommen vom IV. Kongreß der RGI.

1. Die allgemeine Lage

Der Zustand des Weltkapitalismus zu Beginn des Jahres 1928 ist dadurch gekennzeichnet, daß die kapitalistischen Gegensätze sich von neuem verschärft haben, daß die Gespanntheit der Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten, den einzelnen Nationalitäten und den einzelnen Klassen zugenommen hat, daß die Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in der neuen Situation und auf neuer Grundlage fortdauert, was die Stabilisierung des Kapitalismus zu einer weniger resistenten und weniger dauerhaften macht.

Ununterbrochen wächst die Rivalität der Weltmächte um eine neue Verteilung der Welt, um neue Absatzmärkte, um neue Gebiete für den Kapitalexport und um neue Einflußsphären. Im Zusammenhang mit dieser Rivalität steigert sich immer mehr das rasende Tempo der Rüstungen, werden neue militärische Bündnisse und Konventionen abgeschlossen, werden Vorbereitungen zu neuen imperialistischen Kriegen unverhüllt getroffen.

Die immer mehr zunehmende finanzielle und ökonomische Macht und Aggressivität des amerikanischen Imperialismus stößt auf den verzweifelten Widerstand Großbritanniens, das seine Weltstellung immer mehr einbüßt. Die deutsche Bourgeoisie, die ihren Produktionsapparat wiederhergestellt hat, tritt von neuem mit Ansprüchen auf Kolonien hervor. Eine Reihe anderer Länder (Japan, Frankreich, Italien usw.) führt einen scharfen Kampf um die Weltmärkte für den Absatz ihrer Erzeugnisse und um Einflußsphären.

Die ungeheure Zunahme der Konzentration des Kapitals, die Schaffung mächtiger nationaler und internationaler Trusts und Kartelle, die den Apparat des bürgerlichen Staates immer mehr direkt in ihren Dienst stellen, mildern nicht nur nicht die kapitalistischen Gegensätze, sondern bewirken eine noch größere Verschärfung derselben.

Die auf dem Gebiet der Stabilisierung erzielten Erfolge sind auf Kosten der Arbeiterklasse im Ergebnis der wirtschaftlichen und politischen Offensive des Kapitals hauptsächlich durch die Herabsetzung des Lebensniveaus der Arbeitermassen und in geringerem Grade durch die Rationalisierung der Produktion erreicht worden. Aber gerade diese Erfolge bewirkten eine hochgradige Steigerung der Diskrepanz zwischen der Höhe der Produktion und der Kaufkraft der breiten Massen, eine Zunahme der Erwerbslosigkeit, die äußerste Verschärfung des Kampfes um die Märkte usw.

Einer der ernsten Faktoren, welche die Dauerhaftigkeit der kapitalistischen Stabilisierung untergraben, ist der wachsende wirtschaftliche Kampf des Proletariats.

Die Labilität der kapitalistischen Stabilisierung wird durch den wirtschaftlichen und politischen Aufschwung der USSR. gesteigert, die das Lebensniveau der Arbeiterklasse planmäßig hebt, den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft erfolgreich betreibt und als Anziehungspunkt für die ausgebeuteten Massen der ganzen Welt dient. Der Aufschwung der USSR. ruft bei der internationalen Bourgeoisie das Bestreben hervor, ihre inneren Differenzen zu überwinden, um das Land der proletarischen Diktatur zu ersticken.

Zu einem immer bedeutungsvolleren Faktor der Labilität der kapitalistischen Stabilisierung und zu einem mächtigen Bundesgenossen der USSR. und der revolutionären Arbeiterbewegung des Westens wird der Kampf von Millionen Werktätiger der Kolonien gegen den Imperialismus.

Im großen und ganzen bedingt die internationale wirtschaftliche und politische Situation eine steigende Verschärfung des Klassen- und sozialen Kampfes, den Beginn einer neuen Periode immer schärferer und ausgedehnterer Zusammenstöße zwischen der Arbiterklasse und dem Kapital. Die gesamte Tätigkeit der RGI. und ihrer Anhänger muß sich nun den Vorbereitungen zur Uebernahme der Leitung dieses Kampfes anpassen.

2. Ergebnisse der Offensive des Kapitals

Die politische und wirtschaftliche Offensive des zentralisierten und vertrusteten Kapitals hatte folgende Ergebnisse: 1. die größten Wirtschaftskämpfe der letzten Jahre endeten für die Arbeiterschaft mit einem Mißerfolg infolge des Zusammenschlusses und der gesteigerten Organisiertheit der Unternehmer und infolge des Mangels an einer Einheitsfront und der Zersplitterung der Arbeiter, was der verräterischen arbeiterfeindlichen Taktik der Reformisten zuzuschreiben ist (Generalstreik und Bergarbeiterstreik in England, Konflikt in der Hüttenindustrie Deutschlands u. dergl.); 2. angesichts der allgemeinen Offensive der Unternehmer und des Rückzugs der Arbeiterschaft ändern einzelne gewonnene Streiks nichts an dem Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital im internationalen Ausmaß. Dieses Bild der Wechselbeziehungen zwischen Arbeit und Kapital gewinnt in verschiedenen Ländern verschiedene Formen. Während z. B. in England in den letzten Jahren der Vorgang der Zurückdrängung der Arbeiterklasse einen dauernden Charakter annahm und noch fortdauert, beginnen in Deutschland einzelne größere Teile des Proletariats von der Defensive zur teilweisen Offensive überzugehen; 3. in sämtlichen kapitalistischen Ländern erfolgte gegenüber der Vorkriegszeit eine Herabsetzung des Lebensniveaus der Hauptmassen der Arbeiterklasse und nur in einigen Ländern eine Hebung der Lebenshaltung gewisser einzelner Arbeiterschichten (England, Amerika); 3. Die Erwerbslosigkeit gewann in einigen Ländern einen permanenten (England) oder einen sich ständig wiederholenden (Deutschland) Charakter; 5. der Achtstundentag ist fast überall faktisch geraubt, gleichzeitig damit wird die soziale Gesetzgebung abgebaut; 6. es wurde eine Reihe von Gesetzen erlassen, die das Recht der Arbeiter auf Selbstschutz beschneiden (Streikbrecher-Charte in England usw.), die Arbeiter einer ganzen Reihe von Ländern wurden des Rechtes beraubt, ihre eigenen Klassenverbände zu besitzen (arbeiterfeindliche Gesetze in Italien, Polen, Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien usw.), Streiks zu veranstalten usw.; 7. in einer ganzen Reihe von Ländern wurde unter Mitwirkung der Reformisten das arbeiterfeindliche Zwangsschlichtungsverfahren des kapitalistischen Staates eingeführt. In den Vereinigten Staaten z. B. nimmt die amerikanische Arbeitsföderation direkten Anteil an der Vorbereitung eines gegen Streiks gerichteten Gesetzes, in welchem das Zwangsschlichtungsverfahren vor dem bürgerlichen Gericht vorgesehen ist; 8. im internationalen Ausmaß ist ein Feldzug gegen die im jahrzehntelangen Kampf eroberten Rechte der Gewerkschaften im Gange (England u. a.) Gleichzeitig unternehmen die Arbeitgeber weitgehende Versuche, Company Unions und sonstige nicht klassenmäßige Verbände ins Leben zu rufen.

Ergebnis dieser planmäßigen und organisierten Offensive ist die Herabsetzung des Lebensniveaus der Massen, eine Schwächung und in vielen Ländern eine Zertrümmerung der Gewerkschaften und der anderen Klassenorganisationen des Proletariats. Die Unternehmer nutzen ihre Bundesgenossen die Sozialreformisten, voll und ganz aus und sind gleichzeitig bestrebt, jegliche Möglichkeit eines Widerstandes seitens der Arbeiterklasse zu vernichten, und zwar mit Hilfe von Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, sie gänzlich zu entwaffnen. Das unterscheidende Merkmal des gegenwärtigen „Industriefriedens" ist darin enthalten, daß er nicht [illegible] der Oberschichten des Proletariats, wie dies vor dem Kriege der Fall war, durchgeführt wird — dazu ist die Bourgeoisie gegenwärtig ökonomisch unfähig —, sondern auf dem Wege einer vorgängigen Zertrümmerung der Arbeiterklasse, was die verräterische Rolle der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie in ein noch helleres Licht rückt.

3. Verwandlung der leitenden Instanzen der reformistischen Gewerkschaften in ein direktes Werkzeug der kapitalistischen Organisationen

Die reformistischen Gewerkschaftsführer nehmen in den letzten Jahren eine solche arbeiterfeindliche Position ein, daß sie sich von den Führern der liberalen, christlichen und sonstigen Verbände, die auf dem Boden der Interessenharmonie zwischen Arbeit und Kapital stehen, in nichts mehr unterscheiden, obwohl sie die Arbeiterschaft durch ihr Geschrei vom Klassenkampf häufig in die Irre führen. Die Herrschaft der reformistischen Führer in den Gewerkschaften führt immer mehr zu einer Aufhebung des Unterschieds zwischen den Organisationen, die als Organe des Klassenkampfes geschaffen wurden (freie Gewerkschaften in Deutschland usw.) und den bürgerlichen Verbänden, die den Industriefrieden anstreben. Die Umwandlung der Gewerkschaften in Organe der Arbeitsgemeinschaft der Klassen stößt jedoch auf einen ernsten Widerstand seitens er Arbeiterklasse. Ist es den Reformisten auch geglückt, einen Teil der Unterorganisationen der Gewerkschaften in ein Werkzeug der Unternehmer und des bürgerlichen Staates zu verwandeln, so setzt ein bedeutender Teil der Unterorganisationen dem jedoch einen entschiedenen Widerstand entgegen.

Die durchlaufene Evolution trägt folgende Züge: 1. Hineinwachsen des obersten Gewerkschaftsapparates in den Apparat des bürgerlichen Staates (Beitritt der reformistischen Arbeitskonföderation Frankreichs zum Nationalen Wirtschaftsrat und dergleichen); 2. Verwachsen mit den Unternehmerorganisationen (Industriefrieden, Ligen und Institutionen für die Herbeiführung des Wirtschaftsfriedens in England, Block zwischen den Gewerkschaftsführern und der Bourgeoisie gegen Streiks in Deutschland, Polen usw.); 3. freiwillige Unterwerfung unter die Schiedssprüche des kapitalistischen Staates (Deutschland usw.); 4. Block zwischen den Unternehmern, der Polizei und den Gewerkschaftsführern gegen streikende Arbeiter (Deutschland, Frankreich, Balkanländer, Vereinigte Staaten usw.); 5. Einheitsfront der Reformisten mit den Unternehmern zum Zweck der Säuberung der Betriebe von revolutionären Arbeitern; 6. Umwandlung der Gewerkschaften in Organe der kapitalistischen Rationalisierung (Frankreich, England, Vereinigte Staaten, Deutschland usw.); 7. Verständigung zwischen Gewerkschaftsführern und Unternehmern zum Zweck der Zertrümmerung der Gewerkschaften und der Umwandlung der reformistischen Verbände in Company Unions, was für die Gewerkschaftsbewegung von katastrophaler Wirkung ist (Vereinigte Staaten); 8. die Unterwerfung unter die herrschenden Klassen und ihre Organisationen zieht eine steigende Aggressivität gegenüber dem linken Flügel der Arbeiterbewegung nach sich. Diese Repressalien werden desto schärfer, je mehr sich große Klassenkämpfe entwickeln.

Neben der aktiven Sabotage von Wirtschaftskämpfen war die reformistische Bürokratie unter dem Druck der Massen gezwungen, eine gewisse Initiative im Kampf um eine Steigerung der Löhne und um eine Verkürzung der Arbeitszeit an den Tag zu legen (Deuschland, Oesterreich usw.); sie ist nunmehr bestrebt, die Leitung der Gewerkschaften in ihren Händen zu behalten und dabei jegliche Massenbewegung des Proletariats und die Verwandlung von Wirtschaftskämpfen in einen politischen Kampf nicht zu gestatten. In denjenigen Fällen, wo die reformistische Bürokratie aus Furcht, die Leitung der Massenbewegung könne in die Hände von Revolutionären übergehen, an die Spitze der Massenbewegung tritt, sucht sie einerseits den Unternehmern zu zeigen, daß sie die Masse noch beherrscht und andererseits die Bewegung des Proletariats möglichst rasch im Keime zu ersticken.

Alle diese neuen Momente in der Politik der Gewerkschaftsbürokratie führen zu einer völligen Unterwerfung der reformistischen Gewerkschaften unter die Unternehmerorganisationen und den kapitalistischen Staat und eben dadurch zu einer Zerstörung der Gewerkschaften überhaupt.

4. Rechtsentwicklung der Führer und Linksentwicklung der Massen.

Die erfolgreiche Offensive des Kapitals gegen die Lebenshaltung der Arbeiter zeitigt für die Bourgeoisie positive Ergebnisse infolge: a) der faktischen Unterstützung seitens des Apparates der reformistischen Gewerkschaften; b) der Möglichkeit, die teuren Arbeitskräfte der kapitalistischen Länder durch die billigen Arbeitskräfte der Kolonien zu ersetzen; c) der unzulänglichen Organisiertheit der Arbeiter, der Spaltung und Zersplitterung der Gewerkschaften. Aber die gleichen Ursachen erzeugen bei den Massen neue Stimmungen. Diese Stimmungen offenbaren sich: in einem wachsenden Mißtrauen der Massen zu ihren Führern; 2) in Versuchen, auf die Offensive des Kapitals ohne und häufig entgegen den reformistischen Gewerkschaftsführern selbständig zu reagieren; 3) in dem Wachstum der Sympathien für die USSR.; 4) in dem Entstehen von Gruppen von Freunden der USSR. in einer Reihe von Ländern; 5) in dem zunehmenden Interesse für die Arbeiterbewegung, der Kolonien und speziell für die Arbeiterbewegung Chinas; 6) in der Zunahme des Einflusses der der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Organisationen; 7) in dem steigenden Willen der Massen zum Kampf gegen die Offensive des Kapitals.

Diese Linksentwicklung der Massen, die in Demonstrationen, bei Wahlen, in spontanen und sogenannten wilden Streiks und dergl. ihren Ausdruck findet, geht nicht überall gleich vor sich. Die verschiedenen Teile und Schichten der Arbeiterschaft schwenken in verschiedener Weise nach links ab (von der Stimmabgabe für die Konservativen zur Unterstützung der Reformisten, von der Unterstützung der Reformisten zur Unterstützung der Kommunisten). Dieser Vorgang verläuft im Zickzack und ist abgestuft. Die linken, noch ungeformten Stimmungen, die sich besonders während des Bestehens des Englisch-Russischen Komitees in den reformistischen Gewerkschaften geltend machten und ihren Ausdruck in der Schaffung von Einheitsgruppen fanden, nehmen gegenwärtig in einigen Ländern bedeutend konkretere Formen an. Die Sprengung des Englisch-Russischen Komitees trug in den linken Flügel der Amsterdamer Internationale eine politische Differenzierung hinein: ein Teil der Linken, besonders der Führer, folgte dem Generalrat, ein anderer Teil dem Zentralrat der Gewerkschaften der Union. Andererseits stellen die zunehmenden linken Stimmungen jeden Arbeiter im Verlauf des Kampfes unausweichlich vor die Frage, mit wem zu gehen, mit Amsterdam oder mit Moskau? Dieser Umstand führte zu einer Steigerung des ideologischen Einflusses der Roten Gewerkschaftsinternationale in sämtlichen Ländern, so daß die Rolle der Anhänger der RGI. in sämtlichen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen des Proletariats immer bedeutsamer wird. Die ideologische Kristallisierung des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung überholt jedoch die organisatorische Festigung dieses Einflusses auf die Massen. Diese Schere muß möglichst rasch und um jeden Preis beseitigt werden.

Diese Linksentwicklung der in den reformistischen Gewerkschaften organisierten Massen verpflichtet uns, einen intensiveren und entschiedeneren Kampf einzuleiten, um die korrumpierten Gewerkschaftsbürokraten, die ihr Geschick unauflöslich mit dem des bürgerlichen Staates verknüpft haben und deren weiteres Verweilen an der Spitze der Gewerkschaften die Fortexistenz der letzteren ernstlich bedroht, ihrer Posten zu entheben und sie aus der Gewerkschaftsbewegung zu verjagen.

5. Die kapitalistische Rationalisierung und ihre Auswirkungen

Die kapitalistische Rationalisierung, welche die Herabsetzung der Produktionsunkosten und die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zum Zweck hat und in sämtlichen kapitalistischen Ländern auf Kosten der Arbeiterklasse durchgeführt wird, hat alle ihre Schattenseiten bereits zur Genüge hervorgekehrt. Die kapitalistische Rationalisierung bedeutet die Erhöhung der kapitalistischen Profite und die Machtsteigerung der Kapitalistenklasse auf Kosten der Arbeitermassen, 1. durch die Abschaffung des Achtstundentages und die Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 10 und sogar 12 Stunden täglich (Italien, Deutschland usw.); 2. durch die Verdrängung bedeutender Schichten des Proletariats aus der Produktion und durch die Konsolidierung einer ständigen Erwerbslosenarmee; 3. durch die direkte und indirekte Herabsetzung der Löhne (Italien, England, Frankreich, Tschechoslowakei usw.); 4. durch die äußerste Steigerung der Arbeitsintensität, die durch eine entsprechende Hebung des Lebensniveaus und Besserung der Arbeitsbedingungen nicht vergütet wird (Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan usw.); 5. durch die raschere Abnutzung und Erschöpfung des Arbeiterorganismus, die zu einer Zunahme der Krankheiten, einer Erhöhung der Sterblichkeit usw. führt; 6. die gesteigerte Bedeutung der ungelernten Arbeiter, der Frauen und der Jugendlichen für den Betrieb; 7. den leichteren Ersatz von Arbeitern in Fällen von Konflikten durch den Zustrom ungelernter Arbeiter vom flachen Lande her usw.; 8. durch die Zunahme der Hindernisse für die Hebung des Kultur- und Bildungsstandes der Arbeitermassen.

Die mit der kapitalistischen Rationalisierung einhergegenden Erscheinungen sind auf der Grundlage konkreter Forderungen zu bekämpfen, und zwar ist ein Kampf zu führen: 1. um den Siebenstundentag; 2. um die Beibehaltung des Achtstundentages; 3. um eine Steigerung der Löhne; 4. gegen Ueberstunden; 5 um einen jährlichen, zwei Wochen dauernden Urlaub als Minimum, der in der Höhe des Durchschnittslohnes bezahlt wird; 6. um einen monatlichen Urlaub für Arbeiter in schweren und schädlichen Gewerben, sowie für Jugendliche.

Der Kampf gegen alle mit der kapitalistischen Rationalisierung im Zusammenhang stehenden Erscheinungen wird desto erfolgreicher sein, je mehr Arbeiter die Anhänger der RGI. werden organisieren können, und eine je größere Aktivität die Arbeitermassen im Kampf gegen die neuesten und raffinierten Formen und Methoden der Ausbeutung an den Tag legen

6. Die Verschärfung der Wirtschaftskämpfe und unsere Aufgaben.

Gegenwärtig nehmen ökonomische Streiks, die wichtigste Industriezweige oder konzentrierte Großbetriebe erfassen, rasch einen politischen Charakter an. Die Erfahrungen der letzten Jahre lehrten, daß die wichtigsten Ursachen der Niederlage in Wirtschaftskämpfen in folgendem bestehen: 1. Sabotage des Kampfes seitens der reformistischen Führer: 2. ungeschickte Behandlung der Fragen der Streiktaktik durch die Anhänger der RGI.; 3. Zersplitterung und Spaltung der Gewerkschaftsbewegung. Der bezeichnende Zug aller größeren Zusammenstöße zwischen Arbeit und Kapital in der letzten Zeit ist die Kapitulation der Führer entgegen dem Willen der Massen vor dem Kampf oder auf seinem Höhepunkt. Angesichts des sich immer mehr häufenden Streikbrechertums seitens der Amsterdamer taucht vor den Anhängern der RGI. die Aufgabe auf, die Streiks ohne Einwilligung und entgegen dem Willen der reformistischen Führer zu leiten. Um jedoch die Massen nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die Wortführer der reformistischen Gewerkschaften ins Feld zu führen, ist es erforderlich, die Organisierung der Massen auf das eifrigste zu betreiben, denn von der vorbereitenden zähen täglichen Kleinarbeit hängt der Erfolg im wirtschaftlichen Kampf ab.

Was die Streiktaktik anbelangt, so muß man dessen eingedenk sein, daß man, ausgehend von den Forderungen, die zu Beginn des Streiks aufgestellt wurden, erst in seinem weiteren Verlauf sie mit den allgemeinen Klassenaufgaben des Proletariats zu verknüpfen hat; daß nicht jeder Konflikt unbedingt mit einem Streik enden muß, obwohl man die Massen stets für diese Kampfmethode vorzubereiten hat; Revolutionär zu sein bedeutet nicht, daß wir den Forderungen der Reformisten an die Unternehmer unbedingt überschreien müssen, daß der Erfolg eines Streiks von der wirtschaftlichen Konjunktur, von dem Grad der Vorbereitung der Massen und ganz besonders von der Aktivität des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung abhängt; daß man hochtrabende Redensarten, auf die keine Handlungen folgen, zu vermeiden hat (häufige „Generalstreiks" in den lateinischen Ländern, wie Frankreich, Spanien u. a.); daß man im Fall einer Weigerung des Verbandes, rechtzeitig eine Aktion einzuleiten, und beim Vorhandensein eines bedeutenden Enthusiasmus in den Massen die Initiative zur Leitung des Kampfes durch Streikkomitees zu ergreifen hat; daß man es durchsetzen muß, daß besondere Organe für die Leitung des Streiks erwählt und nicht von den reformistischen Verbänden ernannt werden; daß man mit einem Streik kein Spiel treiben darf (Frankreich); daß, wenn er einmal ausgebrochen ist, er jedoch mit größter Entschiedenheit durchgeführt werden muß; daß man einen Kampf nicht bis zur völligen Erschöpfung der Streikenden führen darf, sondern es verstehen muß, rechtzeitig und in vollster Ordnung den Rückzug anzutreten (es kommen z. B. Streiks von 10 bis 12 Monaten Dauer vor, trotzdem die Streikenden schon längst durch Streikbrecher ersetzt sind); daß angesichts der Konzentration der Industrie ein Streik desto erfolgreicher ist, eine je größere Anzahl wichtigster Industriezweige sich an ihm beteiligt; schließlich muß man auch zu Teilstreiks greifen und darf man sie nicht verhindern (Unitäre Föderation der Bergarbeiter Frankreichs), sobald sie alle Arbeiter des betreffenden Betriebes, einer Betriebsgruppe oder eines ganzen Bezirks erfassen und sobald derartige Streiks ein unmittelbares Resultat zeitigen oder die Einheitsfront der Unternehmer und Reformisten durchbrechen oder den Angriff der Unternehmer zurückschlagen können.

Hauptsache ist, daß man bei Wirtschaftskämpfen stets dessen eingedenk ist, daß der Streik genau dasselbe ist wie ein Krieg und daß im Krieg die größte Anspannung aller Kräfte und Klarheit über die Ziele erforderlich ist. Deshalb sind notwendig: 1. Klarheit, Einfachheit und Verständlichkeit der Forderungen; 2. aktive Anteilnahme aller Streikenden, unabhängig von ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Orientierung, an der Ausarbeitung der Forderungen; 3. ein Minimum an Losungen; 4. ein richtiges Verhältnis zwischen den Losungen und dem Ausmaß und der Bedeutung des Streiks; 5. Verknüpfung wirtschaftlicher Forderungen mit politischen; 6. Schaffung von Organen zur Leitung der Streiks auf Grundlage der Einheitsfront.

Angesichts der Konzentration der Industrie hat ein Streik viel mehr Aussicht auf Erfolg, wenn zwischen den wichtigsten verwandten Arbeitergruppen Kampfbündnisse abgeschlossen werden, welche die Kampffront ausdehnen und breite Massen für sie gewinnen.

Die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale müssen stets dessen eingedenk sein, daß man, wenn man der Arbeiterschaft in Wirtschaftskämpfen den Sieg verbürgen will, einen systematischen und zähen Kampf um die Eroberung der Mehrzahl der in den reformistischen Verbänden organisierten Arbeiter, sowie um die Festigung der selbständigen revolutionären Organisationen führen muß. Die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale haben gerade im Interesse der Vorbereitung, Durchführung und des Gelingens der Streiks die Frage der Absetzung der Gewerkschaftsbürokraten, die die Streikkämpfe sabotieren und die Frage ihres Ersatzes durch revolutionäre Arbeiter entschieden an die Verbandsmitglieder zu stellen. Die Anhänger der RGI. sollen an der Hand der Praxis der Arbeiterschaft mit aller Klarheit zeigen, daß, je energischer und rascher die Agenten des Kapitals aus der Arbeitermitte und von den von ihnen bekleideten Gewerkschaftsposten entfernt werden, desto rascher und sicherer der Sieg der Arbeiterschaft über die Unternehmer verbürgt ist.

7. Die Gewerkschaften im Arbeiterstaat.

Während in sämtlichen kapitalistischen Ländern eine politische und ökonomische Offensive gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaftsorganisationen im Gang ist, während alle Erfindungen der modernen Wissenschaft in den kapitalistischen Staaten ihre Spitze gegen die werktätigen Massen kehren, wächst in der USSR. die Rolle der Gewerkschaften im politischen Leben und im wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetrepublik, bessert sich die wirtschaftliche Lage der Arbeitermassen und wird eine sozialistische Rationalisierung der Produktion durchgeführt, die nicht die Ausbeutung, sondern die Befreiung der Arbeiterklasse bewirkt. Die Rationalisierung der Produktion in der USSR. unterscheidet sich von der in den kapitalistischen Ländern dadurch, daß sie die Steigerung der Macht der Arbeiterklasse und die Hebung ihres materiellen und kulturellen Niveaus zur Aufgabe hat. Gerade deswegen ist in der USSR. die Rationalisierung der Produktion mit der Einführung des 7-Stundentages, mit einem besseren Arbeiterschutz, mit einer Aufbesserung der Arbeitsbedingungen usw. direkt verknüpft, während in den kapitalistischen Ländern alle Vorteile der Rationalisierung dazu dienen, um die Macht der Kapitalistenklasse zu steigern und die kapitalistischen Profite zu heben.

Diese Vernichtung der kapitalistischen Ausbeutung und die Verwandlung aller Produktionsmittel und Austauschmittel, sowie aller Hilfsquellen des Landes in Gemeineigentum ist ein mächtiges Werkzeug zur Zersetzung der gesamten kapitalistischen Welt. Andererseits kann die Tatsache, daß die Arbeiterklasse die herrschende Klasse auf einem Sechstel des Erdballs ist, nicht umhin, die Ausgebeuteten der ganzen Welt zum Kampf gegen die Ausbeuter zu erheben. Somit spaltet schon die Existenz der USSR. allein die ganze Welt in zwei Teile: in begeisterte Freunde und Todfeinde der Arbeitermacht. Hierdurch erklärt sich die Anziehungskraft der USSR. für die Arbeiter aller Länder und der wachsende Haß der internationalen Bourgeoisie gegen den einzigen Arbeiterstaat in der Welt, dessen Verteidigung die Klassenpflicht eines jeden Ausgebeuteten, eines jeden Proletariers ist.

8. Die Amsterdamer Internationale ein Werkzeug der Kapitalisten.

In den letzten Jahren stellte es sich ganz besonders deutlich heraus, daß die Amsterdamer Internationale und die von ihr geleiteten Internationalen Berufssekretariate von der internationalen Bourgeoisie abhängig sind. Bei allen Vorstößen der Bourgeoisie gegen die linken Arbeiter und gegen die USSR. steht die Amsterdamer Internationale an erster Stelle. Innerhalb der Amsterdamer Internationale tobt ein Kampf auf Grundlage nationaler und imperialistischer Gegensätze, was sich ganz besonders deutlich auf ihrem letzten Kongreß in Paris und in der Sitzung ihres Vollzugskomitees in Berlin gezeigt hat. Der langdauernde Kampf um die Frage, wo die Amsterdamer Internationale ihren Sitz haben soll, und das Bestreben der deutschen Reformisten, die Zentrale dieser sogenannten Internationale nach Berlin zu verlegen, spiegelt die wachsende Rolle der deutschen Bourgeoisie in der Weltpolitik und Weltökonomik wider. Die gesamte Tätigkeit der Amsterdamer Internationale ist durch das Gerede in Genf über den Nutzen sozialer Reformen und durch den erbitterten Kampf gegen den revolutionären Flügel der internationalen Arbeiterbewegung gekennzeichnet. Man kann sagen, daß der Sinn der Existenz der Amsterdamer Internationale in der Hauptsache darin besteht, mit allen Mitteln um eine Sanierung des Kapitalismus, um den Klassenfrieden, d. h. um eine Unterordnung der Interessen der Arbeiterschaft unter die der Unternehmer zu kämpfen. Dem entstammt die gesteigerte Aktivität Amsterdams und seiner Sektionen im Kampf gegen die linke Gefahr, dem entstammt seine zunehmende Feindseligkeit gegenüber der Arbeiterklasse der USSR., dem entstammt sein unermüdlicher Kampf gegen die Einheit und die Spaltung aller Organisationen, in denen seine Anhänger in der Minderheit bleiben, dem entstammt seine Verweigerung von Verhandlungen mit den Gewerkschaften der USSR. und seine Ablehnung der Herbeiführung der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung durch einen auf demokratischer Grundlage einberufenen Weltkongreß aller Gewerkschaften; dem entstammt seine Weigerung, sogar den eigenen Organisationen zu Hilfe zu kommen, falls sie durch ihre Aktionen der Sanierung des Kapitalismus hinderlich sind (Bergarbeiterstreik in Egland); dem entstammt seine Weigerung, den Befreiungskampf der Völkerschaften der Kolonien und Halbkolonien (China) zu unterstützen; dem entstammt seine imperialistische und arbeiterfeindliche Einstellung; dem entstammt die Anteilnahme der Reformisten an Konferenzen für Arbeitsgemeinschaft der Klassen zum Zweck der Durchführung der Rationalisierung der kapitalistischen Industrie; dem entstammt das Bestreben der Reformisten, die Arbeiter, die gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung ankämpfen, niederzuschlagen und zu entwaffnen; hierdurch erklärt es sich, warum die Reformisten die Erwerbslosen nicht organisieren, da dies den Kapitalisten die Möglichkeit gewährt, die Erwerbslosen gegen die beschäftigten Arbeiter auszuspielen. Die Amsterdamer Internationale ist ein organischer Bestandteil des bürgerlich-kapitalistischen Systems, und dadurch ist ihre Taktik und ihre Politik bestimmt.

9. Arbeit der Anhänger der RGI. in den reformistischen Verbänden

Der Reformismus stellt gegenwärtig eine noch ernst zu nehmende Kraft dar, weil er: 1. sich noch auf bedeutende Arbeiterschichten stützt; 2. über eine großen bürokratischen Apparat verfügt und 3. in seinem Kampf gegen den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung die Unterstützung des gesamten Apparates des bürgerlichen Staates genießt. Deshalb ist einer der größten Mängel der Arbeit der Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale die Unterschätzung der Kräfte des internationalen Reformismus und seiner einzelnen Landessektionen. Es ist unbestreitbar, 1. daß der internationale Reformismus von nationalen Gegensätzen zerfleischt wird, 2. daß die Revolutionierung der Arbeiterklasse in den entscheidenden kapitalistischen Ländern bedeutende Fortschritte gemacht hat, 3. daß die revolutionären Elemente der Arbeiterklasse auf dem Gebiete der Eroberung des Vertrauens breiter Arbeitermassen bedeutende Erfolge zu verzeichnen hat. Unbestreitbar ist jedoch auch die Tatsache, daß in den entscheidenden kapitalistischen Ländern (Deutschland, England) die Reformisten noch an der Spitze der überwiegenden Mehrzahl der Gewerkschaften stehen und durch diese trotz der unzulänglichen Organisiertheit der Arbeiter in den wichtigsten Gewerbszweigen an die Spitze größerer ökonomischer Aktionen der Arbeiterklasse treten können (Generalstreik, Bergarbeiterstreik in England, Konflikt der Hüttenarbeiter in Deutschland usw.), um die ganze Bewegung abzuwürgen und der Bourgeoisie ihre Niederschlagung der Arbeiterklasse zu erleichtern.

Angesichts dessen ist es wichtigste Aufgabe der Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale, in diesen Ländern die reformistischen Verbände zu erobern. Diese Arbeit erheischt von den Anhängern der RGI. größten Takt, geschicktes Herantreten an die Arbeiterschaft die noch unter dem Einfluß der Reformisten steht, eine geduldige kameradschaftliche Erläuterung der Notwendigkeit, auf die reformistischen Methoden zu verzichten, bei der Kritik des Reformismus die reformistischen Bürokraten von den Arbeitermassen zu unterscheiden und zu trennen, und die Fähigkeit, nicht nur die allgemeine revolutionäre Linie vorzuzeichnen, sondern auch die praktische Arbeit in den Verbänden zweckmäßig zu gestalten, das Vermögen, nicht nur in Worten allein, sondern auch in der Tat eine Einheitsfront der Arbeiter aller Richtungen herbeizuführen.

10. Festigung der revolutionären Verbände.

In denjenigen Ländern, wo neben den revolutionären Klassenverbänden (Frankreich, Tschechoslowakei, Kuba, Japan, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien usw.) auch reformistische Verbände vorhanden sind, ist es wichtigste Aufgabe der Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale, die revolutionären Verbände auf alle mögliche Weise zu kräftigen und zu festigen, ihre Tätigkeit zu entfalten und sie im Verlauf des Kampfes zu wirklichen Führern der Massenbewegung des Proletariats zu machen. Diese Festigung soll vor allem darin bestehen, daß die breiten Massen der unorganisierten Arbeiter für die revolutionären Verbände gewonnen, die gesamte revolutionäre Gewerkschaftsbewegung auf der Grundlage des Betriebes umgestaltet, enge Verbindungen zwischen den leitenden Organen und den unmittelbar im Betrieb beschäftigten Arbeitern herbeigeführt werden. Um die Massen mit sich hinzureißen, sollen die revolutionären Verbände den praktischen kleinen Tagesinteressen der Arbeiterschaft ganz besonders große Aufmerksamkeit widmen. Sie sollen verfolgen, was in sämtlichen Betrieben vor sich geht, sie sollen auf die Forderungen der Arbeiterschaft bereitwillig reagieren, sie sollen diese Forderungen rasch aufgreifen und formulieren und es verstehen, rechtzeitig, im passenden Augenblick an die Spitze der Massenbewegung zu treten und in den Kampf auch die in den reformistischen Verbänden befindlichen Arbeiter hereinzubeziehen.

Hinsichtlich der reformistischen Verbände sollen die revolutionären Gewerkschaften darauf bedacht sein, zwischen den Aktionen der Arbeiter verschiedener Richtungen unmittelbar im Betriebe und bei allen Kundgebungen der Arbeiter gegen das Kapital eine Einheit herbeizuführen. Die revolutionären Verbände sollen all den revolutionären und linken Elementen innerhalb der reformistischen Verbände zu Hilfe kommen, die in den Reihen ihrer eigenen Organisation gegen die reformistische Leitung ankämpfen; sie sollen diesen Elementen jegliche Mitwirkung erweisen und ihnen diejenigen Arbeiter, die sich noch in den reformistischen Organisationen befinden, um die Losung des Klassenkampfes scharen helfen.

Indem die revolutionären Verbände ständig die Parole der Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation in jedem Lande in den Vordergrund rücken, müssen sie im Auge behalten, daß die allseitige organisatorische Festigung und Zusammenschließung ihrer eigenen Reihen, die Zunahme der Anzahl der Mitglieder der eigenen Organisationen die Steigerung ihres Einflusses in den Arbeitermassen, sowohl denjenigen, die von den reformistischen Gewerkschaften umschlossen sind, als auch denjenigen, die noch außerhalb einer gewerkschaftlichen Organisation stehen, und, was die Hauptsache ist, ein richtiges Verhalten im Klassenkampf der Verbände die beste Bürgschaft für die rascheste Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung auf der Grundlage des Klassenkampfes sind.

Von den Anhängern der Roten Gewerkschaftsinternationale eroberte einzelne Verbandsorganisationen, die einer reformistischen Zentrale angeschlossen sind, können je nach der Situation und nach den Verhältnissen von Zeit und Ort in eine revolutionäre Zentrale übergeführt werden, wobei derartige Fragen von Fall zu Fall unter dem Gesichtspunkt der weiteren Einflußnahme der revolutionären Gewerkschaften auf die breiten Massen des Proletariats des betreffenden Landes zu entscheiden sind.

11. Kampf um die Einheitsfront und die Einheit

Die Taktik der Einheitsfront und der Einheit, die sich im Verlauf der letzten Jahre so sehr bewährt hat, muß auch weiter fortgesetzt werden. Ueberall und ganz besonders zu Zeiten, wo wirtschaftliche Konflikte sich häufen und verschärfen, ist die Einheitsfront der Arbeiter aller Richtungen, die Einheit der Aktionen im Kampf gegen das Kapital in den Vordergrund zu rücken. Gleichzeitig damit ist es jedoch erforderlich, die Unterordnung der Interessen des Klassenkampfes unter die formale Einheit aufs entschiedenste zu bekämpfen. Gegen die Einheit um jeden Preis (solche Losungen werden in Frankreich, in der Tschechoslowakei und in Deutschland verkündet), muß man einen entschiedenen Kampf führen, denn die Einheit ist nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck. Die Arbeiterklasse braucht die Einheit zur Steigerung ihrer Kampffähigkeit, ihrer Aktivität, sie braucht die Einheit auf der Grundlage des Klassenkampfes. Aus diesem Grunde darf der Kampf um die Einheit keinen abstrakten Charakter tragen, sondern muß auf einem konkreten gegen das Kapital gerichteten Aktionsprogramm beruhen.

Ausgehend von der Evolution, welche die leitenden Kreise der Amsterdamer Internationale durchgemacht haben, muß die wichtigste Losung die Einheitsfront von unten her, unmittelbar in den Betrieben, in den Unterorganisationen der reformistischen Gewerkschaften sein. Dies schließt die Möglichkeit von Verhandlungen mit den leitenden Organen der reformistischen Gewerkschaften nicht aus, solche Verhandlungen sind jedoch nach der Sprengung des Englisch-Russischen Komitees, welches das Muster einer Einheitsfront von oben und von unten war, immer weniger wahrscheinlich. Die Verhandlungen zwischen den Verbänden der USSR. Norwegens und Finnlands zeitigten ein gewisses Ergebnis z. T. deswegen, weil weder die norwegischen, noch die finnischen Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale angeschlossen sind, weil somit die Massen der norwegischen Arbeiter einen Druck auf ihre Spitzenorganisation ausgeübt haben. Somit tritt in den Vordergrund die Einheitsfront von unten her, denn je näher die Einheitsorgane dem Betriebe stehen, desto bestimmter und stabiler sind sie, desto mehr Aussicht ist vorhanden, daß die Einheitsfront und die Einheit auf dem Klassenkampf beruhen. Die Hauptsache ist, dessen eingedenk zu sein, daß je stärker die revolutionären Verbände und Minderheiten sind, je mehr Arbeiter sie zu organisieren verstehen, desto rascher wir der Verwirklichung der Einheit näher kommen.

12. Bekämpfung der Ausschlüsse aus den Verbänden

Je enger das Bündnis zwischen der Gewerkschaftsbürokratie und dem Unternehmertum wird, desto ungenierter verletzen die Gewerkschaftsbürokraten die elementaren Rechte der Verbandsmitglieder, mit desto größerer Erbitterung gehen die Reformisten gegen die revolutionären Arbeiter vor. Die Absetzung leitender Genossen, die Ausschlüsse fortgeschrittener Arbeiter aus den reformistischen Verbänden und sonstige Repressalien bilden eine immer häufigere Erscheinung (Deutschland, England, Vereinigte Staaten usw.), während die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale auf derlei Tatsachen nicht immer mit der erforderlichen Energie und Entschlossenheit reagieren. So befaßt sich z. B. die revolutionäre Presse Deutschlands sehr wenig mit den Ausschlüssen. Anstatt im ganzen Land eine Kampagne gegen die Ausschlüsse zu organisieren, werden dort Stimmen laut, daß ein scharfer Protest die Lage nur verschlimmern und Ausschlüsse zur Folge haben könne. Eine Passivität ist in derartigen Fällen ganz besonders gefährlich, wenn man ihr die Einheitstheorie substituiert. Eine derartige Theorie muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden, denn sie bedeutet nichts anderes, als ein böswilliges Kapitulantentum. Wer sich hinter die Einheit versteckt, die Ausschlüsse nicht bekämpft oder auf revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften verzichtet, um nicht ausgeschlossen zu werden, der ist kein Revolutionär, denn die Kapitulation vor den Reformisten ist der erste Schritt zur Kapitulation vor der Bourgeoisie. Der Kampf gegen die Ausschlüsse und sonstige Repressalien muß mit größter Entschiedenheit geführt werden, wobei es die Hauptsache ist, die Massen für ihn zu gewinnen, und jegliche Verletzung der Gewerkschaftsdemokratie, jeglichen Ausschluß zur Sache der breitesten Massen zu machen.

Nehmen die Reformisten Ausschlüsse vor, um dadurch linke Ortsverbände oder Kartelle (Basel) zu desorganisieren, so würde Unterwürfigkeit einen Verzicht auf das Recht, für den Klassenkampf ganze Organisationen zu gewinnen, bedeuten. Im Kampf gegen die Ausschlüsse müssen die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale eine weitgehende Mobilisierung der Arbeitermassen sowohl in den eigenen Verbänden als auch in der Mitte der Arbeiterklasse überhaupt zugunsten der Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen durchführen.

Die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale sollen es durchzusetzen suchen, daß eine großmögliche Anzahl gewerkschaftlicher Organisationen sich gegen die Ausschlüsse ausspricht und einen aktiven Kampf um die Einheit gegen die Spaltungsaktionen der Gewerkschaftsbürokratie einleitet.

13. Einheitsfront der Arbeiter des Westens und des Ostens.

Die Offensive gegen die Lebenshaltung der Arbeiterschaft der kapitalistischen Länder wird in hohem Maße dadurch erleichtert, daß das Kapital nach den Kolonien auswandern oder den Innenmarkt mit Hilfe des Riesenvorrats an billigen Arbeitskräften aus den Kolonien und Halbkolonien, aus den wirtschaftlich rückständigen Ländern Europas regeln kann. Durch die Vereinigung der modernen Technik mit billiger Sklavenarbeit werden märchenhafte Profite erzielt und den Kapitalisten ermöglicht, die Rassen- und nationalen Gegensätze in ihrem Interesse auszunutzen, was den Zustrom von Kapitalen nach diesen Ländern bewirkt. Bei der raschen Industrialisierung des Gestades des Stillen Ozeans wird es für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder immer schwieriger, mit diesen Ländern zu konkurrieren. Die niedrige Lebenshaltung der doppelt ausgebeuteten und unterdrückten Kolonialarbeiter kann entgegen ihrem Willen und Wunsch zur Herabsetzung des Lebensniveaus der Arbeiter der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder führen, denn bei der Festsetzung der Löhne wollen sich die Kapitalisten nach der billigeren Arbeit richten. Durch Kopfsteuer oder Besteuerung der Hütten sind die einheimischen Stämme Afrikas gezwungen, die Viehzucht aufzugeben, und die proletarischen Stämme werden in Lohnsklaven der englischen Grundbesitzer verwandelt. Dank diesen Umständen wird in den letzten Jahren auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Metropolen ein starker Druck ausgeübt und gleichzeitig dem Wohlstand der Arbeiter der kolonialen Länder entgegengewirkt. Anstatt nun die Befreiung der Kolonien und die Hebung des Lebensniveaus der vom Imperialismus unterdrückten Länder zu fördern, sind die Reformisten bestrebt, sie zu bevormunden, damit sie nicht die Unabhängigkeit vom Imperialismus anstreben (Generalrat der Arbeiterpartei Englands, in Indien usw.). Im Zusammenhang damit gewinnt das Mitte 1927 begründete Pazifik-Sekretariat der Gewerkschaften, welches die Arbeiter der wichtigsten Länder der Küsten des Stillen Ozeans umfaßt, eine große Bedeutung. Dieses Sekretariat, dem die Gewerkschaften Chinas, Koreas, Indonesiens, der Philippinen, Australiens, der USSR., die linksstehenden Verbände Japans, die revolutionären Minderheiten Englands und der Vereinigten Staaten usw. angehören, verdient jegliche Unterstützung, denn es stellte praktisch die Frage nach der Vereinigung der Arbeiter des Ostens mit denen des Westens. Ganz besonders müssen das Pazifik-Sekretariat der Gewerkschaften die Arbeiter derjenigen Länder (England, Frankreich, Japan, Vereinigte Staaten) unterstützen, deren Bourgeoisie über Besitzungen am Stillen Ozean verfügt und hunderte Millionen Werktätiger der Kolonien und Halbkolonien als Sklaven behandelt.

14. Weiße und farbige Arbeiter.

In einer Reihe von Ländern (Vereinigte Staaten, Südafrika usw.), wo die Arbeiter verschiedenen Nationalitäten und verschiedenen Rassen angehören, ist die Frage der Beziehungen zwischen den farbigen und weißen Arbeitern akut. Die reaktionären Gewerkschaften weigern sich, Negerarbeiter in die Verbände aufzunehmen, indes verhalten sich die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale zu dieser Frage allzu passiv. Anstatt sofort an die Organisierung von Verbänden aus Negerarbeitern heranzutreten, fassen sie jahrein jahraus Resolutionen über den Nutzen der Schaffung solcher Verbände in der Zukunft, ohne praktisch vom Fleck zu kommen. Ein für allemal muß man es einsehen, daß dies kein Problem der Zukunft, sondern ein solches der Gegenwart ist. In den Vereinigten Staaten, wo mindestens fünf Millionen Negerarbeiter leben, ist die Verschleppung dieser Angelegenheit ein ernster Fehler. An die Organisierung der Negerarbeiter in besonderen Verbänden muß man mit aller Entschiedenheit herantreten.

Gleichzeitig damit ist ein Kampf um die Aufnahme der Neger in die bestehenden Gewerkschaften zu führen und die von der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie betriebene Politik der Rassenbeschränktheit zu entlarven. Unbedingter Opportunismus ist jedoch, unter dem Vorwand falsch verstandenen Internationalismus, oder unter dem Vorwand, solche selbständigen Negerverbände würden die Negerarbeiter von den weißen isolieren, die Organisierung der Negerarbeiter in besonderen Verbänden abzulehnen; dies würde nur der Gewerkschaftsbürokratie für ihre weitere Sabotage der Organisierung der Neger zugute kommen. Die Rassenbeschränktheit und die Rassenvorurteile wird man desto leichter überwinden können, je rascher die breiten Massen des Negerproletariats den Schauplatz des organisierten Klassenkampfes betreten. Keinen Aufschub und keine Verschleppung, sonst vollzieht sich diese Vereinigung ohne und sogar auch gegen uns. Die Neger sind eine ungeheuer potentielle revolutionäre Kraft, und das wegwerfende Verhalten zur Organisierung der Neger ist ein Nachhall des ideologischen Einflusses der herrschenden Klassen.

Breslau

„Bürgerliche oder rote Mehrheit im Stadtparlament“

Darüber sprechen: **Bezirksleiter Erich Hausen** und **Stadtverordneter Hermann Ammon**

am **Mittwoch, 20 Uhr**, im **„Zentral-Ballsaal“** Westendstraße. **Stadtteilleitung West der KPD.**

Solche Kräfte stehen außerhalb der Partei!

Im verflossenen Wahlkampf war auffallend, daß viele Arbeiter und Arbeiterinnen, die außerhalb der Partei stehen, sich außerordentlich opferwillig gezeigt haben. Aus allen Bezirken des Reiches liegen darüber Beispiele vor. So wird gemeldet:

Eine Arbeiterfrau brachte 15 Mark auf ein Bezirksbüro. Ihr Mann ist hundertprozentiger Kriegsbeschädigter. Die Leute hatten sich die für sie horrende Summe buchstäblich vom Munde abgespart.

Eine arme Witwe brachte in ihrem und ihres Kindes Namen den Inhalt der Sparbüchse des Kindes von 1,50 Mark. So wird noch von einer Reihe ähnlicher Beispiele proletarischen Opferwillens berichtet.

Das Bemerkenswerteste in fast allen solchen Fällen ist die Tatsache, daß die betreffenden Spender nicht der Partei, mitunter auch keiner sympathisierenden Massenorganisation angehören. Sie lesen mitunter selbst die Parteipresse nicht. Unsere Versammlungen, unser Wirken in Mieter-, Kriegsbeschädigten-Organisationen, die Wucht unserer Aufmärsche und Demonstrationen, das Verhalten unserer Genossen in den Wirtschaftskämpfen usw. hat sie von der Richtigkeit unserer revolutionären Arbeit überzeugt, veranlaßte sie zu ihrer Opferfreudigkeit.

Und was tun wir mit diesen der Kommunistischen Partei nahegerückten Proletariern? Wir freuen uns ihres vorbildlichen Verhaltens, an der Wirksamkeit der revolutionären Idee und unserer politischen Tagesarbeit. Im übrigen lassen wir sie meist außerhalb der Partei. Solche Kräfte aber müssen auf jeden Fall auf die Dauer für uns gewonnen werden. Jeder Genosse kennt solche hilfs- und opferbereiten Proletarier in seinem Betrieb, seiner Gewerkschaft oder wo er sonst tätig ist. Wir haben solche Elemente bei unserer Hausagitation im Wahlkampf kennengelernt. Es sind keine Einzelerscheinungen. Jeder Genosse ist in der Lage, aus diesem großen Reservoir von Sympathisierenden der Partei neue Kräfte zuzuführen. **Die Partei braucht frische, opferwillige Kräfte. Werbt für die KPD.! Gewinnt Abonnenten!**

Die Kreistagswahlergebnisse

An den Kreistagswahlen im Landkreise Breslau beteiligten sich rund 72 Prozent der Wahlberechtigten. Es wurden insgesamt 30 411 Stimmen abgegeben. Davon erhielten: SPD. 14 411, Deutschnationale 8179, Zentrum 4353, Deutsche Bauernpartei 1284, Bürgerliche Wahlliste 302, Christlich-soziale Arbeitsgemeinschaft 254, Deutsche Volkspartei 1040, Handwerk, Gewerbe und Hausbesitz 385. (Die Kommunistische Partei hatte hier keine Liste aufgestellt.)

Die Kreistagswahl in Neumarkt hatte folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 6755 (8 Abgeordnete), Deutschnationale 6401 (7), Zentrum 4526 (5), Deutsche Bauernpartei 2004 (2), Kommunisten 287 (—), unpolitische Mittelstandspartei 2167 (3). Die Wahlbeteiligung betrug 69,4 Prozent.

In Oels wurden abgegeben 25 981 Stimmen. Davon erhielten: Sozialdemokraten 10 231 (11 Sitze), Kommunisten 487 (—), Deutsche Bauernpartei 1806 (2 Sitze), Landliste der vereinigten bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbände 9255 (10 Sitze), Stadtliste der vereinigten bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbände 2586 (2 Sitze), Volksrechtspartei 158 (—), Vereinigte Wirtschaftsgruppe des Kreises Oels 839 (—), Wirtschaftsliste zur Förderung der öffentlichen Sparsamkeit 1119 (1 Sitz).

*

Ueberall war die Wahlbeteiligung geringer als am 20. Mai. Die Ergebnisse haben gezeigt, daß vor allem in diesen ländlichen Gebieten vor der Partei noch große Aufgaben stehen, die nur unter Anspannung aller Kräfte zu lösen sein werden.

400 000 Krankenfälle in Breslau

In der Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau wurde mitgeteilt, daß der Kasse 166 000 Versicherte angehören. Die Zahl der Krankheitsfälle hat gegenüber 1926 zugenommen. Mehr als 400 000 Fälle sind 1927 zu verzeichnen. Vor allem haben die Zahlen der Lungenkranken, der Geschlechtsleiden, der Grippefälle und der Syphilis weiter zugenommen. Eine Erweiterung des Verwaltungsgebäudes wurde beschlossen und die Genehmigung erteilt.

Die Breslauer Milchhäuschen. Folgende Angaben entnehmen wir dem Geschäftsbericht der Schlesischen Gesellschaft für gemeinnützigen Milchausschank: Im Jahre 1927 konnten in Breslau drei neue Milchhäuschen in Betrieb genommen werden. Es sind dies diejenigen in der Tauentzienstraße, in Brigittental und an der Sternschanze. Die Errichtung der beiden zuletzt genannten Häuschen, die Fertigstellung der Häuschen in der Tauentzienstraße und in Ratibor, sowie ein Baukostenzuschuß für die Schaffung eines Ausschankraumes am Eingange des Stadions, erforderten einen Kostenaufwand von 29 664,41 Mark. Für das laufende Jahr ist die Errichtung einiger neuer Schankstellen in Aussicht genommen. Pachtweise ist ein Ausschankhäuschen am Männerbade an der Ohle übernommen worden, weiter ist die Uebernahme eines solchen am Frauenbade beabsichtigt.

228 Schlesier wollen auswandern. Die Schlesische Auswandererberatung e. V. teilt mit: Im Mai wurden 371 Anfragen von 228 Auswanderungswilligen beantwortet. Die Mehrzahl bezog sich auf den Erdteil Amerika. Auffällig ist der verhältnismäßig starke Anteil der Berufsgruppe Land- und Forstwirtschaft.

Aus der Breslauer Vermißtenliste. Vermißt wird die Schülerin Martha Bieder, am 12. März 1916 zu Breslau geboren, zuletzt Schwerinstraße 15 wohnhaft gewesen. Sie ist in der Nacht vom 30. zum 31. Mai in dem Hausflur Gräbschener Straße 14 schlafend betroffen worden, wurde jedoch auf eine von ihr gemachte falsche Angabe laufen gelassen. — Außerdem wird vermißt das Lehrmädchen Else Sedlaczek, am 1. Juli 1910 in Breslau geboren, Schulzenwiese 5 wohnhaft gewesen, 1,60 Meter groß.

Feuer in einem Fahrradgeschäft. Am Sonntag gegen 12½ Uhr erfolgte ein Alarm nach Bohrauer Straße 95. Hier war in einem Fahrradgeschäft auf unermittelte Weise Feuer ausgebrochen. Durch die vorhandenen leicht brennbaren Stoffe wie Oele usw. hatte sich das Feuer auf den ganzen Laden ausgebreitet und war auch bereits auf die Decke übergesprungen. Zur Bekämpfung des Feuers mußte eine Schlauchleitung vorgenommen werden.

Selbstmordversuch. In der Wohnung ihrer Eltern, Westendstraße 60, versuchte sich die Hausangestellte Charlotte H. mit Leuchtgas zu vergiften. Sie wurde nach dem Allerheiligen-Hospital transportiert.

Theaterneubau in Breslau?

Ein unmöglicher Plan des Ratsmaurermeisters Halspaap

Breslau, 5. Juni.

In den letzten Tagen wurde in verschiedenen hiesigen Blättern die Breslauer Theaterfrage angeschnitten. Besonders Herr Halspaap, seines Zeichens dtsch.-volksparteilicher Ratsmaurermstr. und Stadtverordneter, ist dabei mit Vorschlägen in den Vordergrund getreten, die ob ihrer Merkwürdigkeit hier kurz erwähnt seien. Halspaap verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß auf dem Schloßplatz zwei neue Theater gebaut werden — eines für die Oper, eines für das Schauspiel. Das bisherige Stadttheater soll an die Berliner Warenhausfirma Tietz verkauft werden. Im günstigsten Falle würde dieser Spaß 10 Millionen, vielleicht gar 12 Millionen Mark kosten. Also ganz undiskutabel.

Ein anderer Vorschlag wird in dem letzten Monatsheft der Breslauer Volksbühne gemacht. Diesem entnehmen wir:

„Lobe- und Thalia-Theater sollen nicht neu-, sondern umgebaut werden. Für diesen Umbau liegen bereits Pläne vor, die der Theaterarchitekt Oskar Kaufmann entworfen hat. Oskar Kaufmann hat u. a. das Theater in Bremerhaven gebaut, das Neue Wiener Stadttheater, in Berlin das Theater der Volksbühne, das Theater in der Königgrätzer Straße, das Deutsche Künstlertheater, das Theater am Kurfürstendamm, die Tribüne und den Umbau der Kroll-Oper.

Lange Zeit wurde bezweifelt, ob sich ein Umbau des Thalia-Theaters überhaupt lohnen würde. Nun hat Oskar Kaufmann für das Thalia-Theater eine Umbaulösung gefunden. Bei Ausführung des vorliegenden Planes würden wir im Westen der Stadt für wenig über eine halbe Million ein Theater mit zirka 900 Sitzplätzen erhalten. Nach dem Kaufmannschen Plane bleiben die Umfassungswände des jetzigen Gebäudes erhalten. In dem Raum, den sie begrenzen, werden aber zunächst bequeme Kleiderablagen und breite Umgänge geschaffen und dann ein Zuschauerraum vollständig neu nach modernen Prinzipien eingebaut. An der Vorderfront des Theaters sollen zwei neue Türöffnungen durchgebrochen werden zum bequemen Hinein- und Herausfluten der Zuschauer. Durch die vier Türen der Vorderfront kommt man zuerst in einen Windfang, der durch Glaspendeltüren von der großen Kassenhalle abgetrennt ist. Vier Pendeltüren vermitteln den Durchgang von der Kassenhalle zur — 22½×4½ Meter großen — Vorhalle, von der aus die Treppen zum ersten Rang hinaufführen. Der sich anschließende, rund um das zukünftige Parkett herumführende Wandelgang ist über 4 Meter breit. Die Kleiderablagen haben auf beiden Seiten eine Breite von 10 Metern. (Auch die Toiletten werden ganz neu angelegt, mit Fliesenbelag und Fliesenwandbekleidung.) Der neue, eingebaute Zuschauerraum enthält im Parkett zirka 660 Sitzplätze. Darüber liegt ein neuer Rang, der in der Mitte fünf Reihen hervorragt und sich nach den Seiten zu verschmälert, mit zirka 240 guten Sitzplätzen. Hinter dem Wandelgang des 1. Ranges soll ein Foyer in der Ausdehnung der darunter liegenden Vorhalle geschaffen werden. Verschiedene Verbesserungen sind für die Bühne des Thalia-Theaters geplant. Zum Beispiel ein massiver Rundhorizont, Seitenbühnen links und rechts, ein neuer Bühnenregulator für die Beleuchtung der Bühne.

Im Lobe-Theater ist nach Ansicht des Architekten ein Umbau des Zuschauerraumes nicht erforderlich. Geplant sind aber Verbesserung der Bühne, der Wandelgänge, Kleiderablagen, Erfrischungsräume und der Kassen und Treppenanlagen. Vor der alten Eingangshalle wird ein Neubau aufgeführt, der eine geräumige Kassenhalle sowie die Halle, von der man sämtliche Treppen des Theaters gedeckt erreichen kann, enthält. Diese Halle ist 15,40×8,50 Meter groß. Die bisherigen Treppenanlagen zum 1. und 2. Rang werden abgerissen, und statt dessen werden die Treppen zum 1. und 2. Rang rechts und links von der alten Parkettreppe aufgebaut. Auch die Galerietreppe erhält einen neuen Zugang. Im Parkettgeschoß wird ein neues Foyer als ein zirka 19×8,40 Meter großer Saal geschaffen. Um den Zuschauerraum herum führen im Parkett und 1. Rang vier Meter breite Korridore. Das Innere des Theaters bleibt in seinem Aufbau unverändert, die Ausstattung ist neu projektiert. Die Bühnenöffnung enthält einen neuen Abschluß-Vorhang. Im Bühnenhaus werden durch Herausnahme der Abschlußwände der jetzigen Bühne rechts und links Seitenbühnen angelegt, so daß das Lobe-Theater dann eine „Schiebebühnen-Anlage“ besäße. Ueber der Seitenbühne und den Magazinen auf der „Wasserseite“ (der Seite zum Ohlauufer) ist ein Malersaal mit Nebenräumen geplant. (Jetzt muß das Lobe-Theater alle Dekorationen in einem gemieteten Raum in der Tauentzienstraße malen.) Auf der „Landseite“ ist ein Probensaal gedacht. Die Bühne selbst enthält eine moderne Einrichtung, u. a. auch einen Rundhorizont mit elektrischem Betrieb.

Nach der Versicherung des Architekten könnten beide Umbauten so durchgeführt werden, daß die Vorstellungen nur zirka drei Monate ausfallen müßten. Der Sommer dieses Jahres kommt für die Umbauten noch nicht in Betracht.“

*

Man wird bei einer Stellungnahme zu den obigen Vorschlägen wohl zu der Auffassung kommen müssen, daß die Bewilligung von Mitteln zum Umbau des Lobe-Theaters unter Berücksichtigung des gerade in Breslau herrschenden Massenelends nicht zu verantworten ist. Etwas anders liegen die Dinge beim Thalia-Theater, das als einziges Theater in einem Arbeiterviertel liegt, auch zum großen Teil von Proleten besucht wird und das sich andererseits in einem sehr schlechten baulichen Zustande befindet. Natürlich wird zu den Einzelheiten des Umbauplanes für das Thalia-Theater noch Stellung zu nehmen sein. Eines scheint uns aber von vornherein außer allem Zweifel zu stehen: irgendwelche Mittel zur Verbesserung des Baues dürfen auf keinen Fall Zuschüsse an einen privaten Besitzer sein.

Steinarbeiterversammlung in Strehlen

Heute Dienstag 20 Uhr bei Wende in „Stadt Breslau“ öffentliche Versammlung. Es sprechen Genosse Rudert, Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, und Genosse Parteisekretär Reimann, ehemaliger Steinarbeiter. Mache und Häusler sind eingeladen und ist ihnen unbeschränkte Redefreiheit zugesichert. Steinarbeiter, erscheint restlos! Es geht um den Bestand Eures Verbandes!

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau.

— **Stadtteil 2 (Nord).** Sämtliche Funktionäre Mittwoch 20 Uhr bei Schneider, Rosenstraße, zur politischen Information. Parteimitglieder können teilnehmen.

Grünberg. Mittwoch 20 Uhr im „Goldenen Frieden“ Funktionärsitzung.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau

— **Süd.** Mittwoch 20 Uhr bei Reimann, Neue Antonienstraße 2, Oeffentlicher Gruppenabend. Gäste willkommen! Funktionäre eine halbe Stunde früher.

— **West.** Mittwoch 20 Uhr Heimabend bei Graf, Westendstr. 37. Gäste willkommen!

Jung-Spartakus-Bund

Breslau.

— Leiterbesprechung heute Dienstag 19,30 Uhr, Jugendbüro.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.

— **RFMB. Abt. II. (Nord).** Dienstag 19,30 Uhr General-Mitgliederversammlung bei Schneider, Rosenstraße.

Sonstige Organisationen

Breslau.

— **Männerchor „Eos“.** Mittwoch Uebungsabend im „Roten Löwen“, Kupferschmiedestraße. Sympathisierende willkommen!

Dienstag, 20 Uhr — **Gesamtfunktionärsitzung** — **von ganz Breslau im Lessing, Adalbertstr. 10**

Tagesordnung: 1. Wahlen. Was nun? Ref. Gen. Hausen.

Es müssen erscheinen: Alle Zellenobleute, Betriebsräte, Fraktionsleiter, Gewerkschaftsfunktionäre, Stadtverordnete und Mitglieder der Jugend-Bezirksleitung. Funktionärausweis mitbringen!

Gibson Girl
MANOLI 5 Pf
Zigaretten
NEUE MISCHUNG
NEUE AUSSTATTUNG

Waldenburger Bergland

Der Prolet kann verrecken!

Ein Arbeiter aus Dausdorf, der den rechten Arm verloren hat und völlig erwerbsunfähig ist, hat unter dem 27. April folgendes Schreiben von dem Gemeindevorsteher erhalten:

„Der Wohlfahrtsausschuß hat bestimmt, daß die Zahlung der Unterstützung ab 1. d. Mts. eingestellt wird.

Zur Begründung wird folgendes angeführt:

Sie beziehen eine monatliche Unfallrente von . . 72,03 RM.
Ihre Ehefrau hat einen Wochenverdienst von . . 14,40 RM.
Ihre Tochter Gertrud hat einen Wochenverdienst von 14,88 RM.
Ihre Tochter Else hat einen Wochenverdienst von 9,55 RM.

Wochenverdienst zusammen . . . . . 38,83 RM.

Der vom Kreisausschuß Waldenburg für Familien mit drei Kindern (bis zu 15 Jahren) festgesetzte Unterstützungssatz beträgt in Ortsklasse C 38 RM.

Da Ihre Unfallrente und der Verdienst Ihrer Familienangehörigen diesen Richtsatz überschreitet, kommt die Zahlung einer Unterstützung nicht mehr in Frage.

Lediglich die Beiträge zur (freiwilligen) Weiterversicherung in der Invalidenversicherung, 3. Klasse, werden noch auf Fürsorgekosten übernommen, die Markenverwendung wird von hier aus nach wie vor erledigt, damit Ihnen die Anwartschaft auf eine Invalidenrente gesichert bleibt.

Gegen diesen Bescheid steht Ihnen der Einspruch beim Kreisausschuß Waldenburg innerhalb zwei Wochen nach Zustellung zu."

Ein Kommentar zu dem Schreiben ist überflüssig. Es zeigt mit gräßlicher Deutlichkeit, wie das Los der Unfallverletzten in der bürgerlichen Republik aussieht. Sobald ein Prolet nicht mehr als Profitquelle benutzt werden kann, haben die Behörden kein Interesse an seinem weiteren Schicksal. Die zu erwartende Koalitionsregierung einschließlich der SPD. wird an diesen Zuständen nichts ändern. Besserung wird erst eintreten, wenn das Proletariat unter Führung der Kommunisten die Arbeiter- und Bauernregierung erkämpft haben wird.

2500 Mark gestohlen. In der Nacht vom 31. Mai bis 1. Juni wurden bei der Baufirma Schröter & Hanke 25 Mark bares Geld, für 2 Mark Briefmarken und ein von der Firma ausgestellter Scheck in Höhe von 2500 Mark gestohlen.

Schweidnitz

Durchgehendes Gespann. Wildgewordene Pferde rasten am Freitag die Freiburger Straße entlang. Der Kutscher war machtlos gegen die rasenden Pferde und wurde an einer Straßenbiegung vom Wagen geschleudert und schwer verletzt. Arbeitersamariter leisteten die erste Hilfe und brachten den Verletzten ins Krankenhaus.

Landeshut

Um die Beamtengehälter

Die Kommunisten für die unteren und mittleren Gruppen

Am Donnerstag fand die hauptsächlich von der Beamtenschaft lang erwartete Stadtverordnetensitzung statt, in der die neue Beamtenbesoldungsreform auf der Tagesordnung stand. Eine zahlreiche Zuhörerschaft hatte sich eingefunden. Die bürgerlichen Stadtverordneten hatten aber durchaus kein Verständnis für das Interesse, welches von seiten der Bevölkerung dieser Sitzung entgegengebracht wurde, denn sie beschlossen gegen den Protest der Kommunisten und Sozialdemokraten, den Kernpunkt in geheimer Sitzung zu erledigen.

Neu eingeführt wurde der Schriftführer von der Bauhütte, Paul Tock, als Ersatz für den ausgeschiedenen SPD.-Mann Meier. Als Beisitzer zum Mieteinigungsamt wurde gewählt Herr Kreisobersekretär Köhler, vorgeschlagen vom Hausbesitzerverein. Der Umbau der Abortanlage in der Realschule, der einen Aufwand von 16 000 Mark erfordert, wurde unter Berücksichtigung der bautechnischen Hinweise, die vom Genossen Schwermer gemacht wurden, einstimmig beschlossen. — Zur Erweiterung und für Neuanschaffungen der Kinderkrippe im Else-Hamburger-Heim erklärt sich die Landesversicherungsanstalt bereit, den Betrag von 10 000 Mark als Darlehn zu geben, wenn dieser Betrag als erste Hypothek eingetragen wird. Die Stadtverordneten gaben hierzu die Zustimmung. — Ein Antrag der Feuerwehr, ihr 500 Mark zu bewilligen, um am Reichsfeuerwehrtag in Breslau teilnehmen zu können, fand ebenfalls Zustimmung. — Die Vergütung an die Lehrer für Erteilung des Unterrichts an der gewerblichen Berufsschule wurde auf Grund eines Ministerialerlasses auf 3 Mark pro Stunde erhöht. — Der Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 150 000 Mark wurde zugestimmt. Genosse Walter forderte, daß mit der Inangriffnahme der Arbeiten, für die die Anleihe bestimmt ist, im Interesse der Erwerbslosen sofort begonnen wird.

Nach Erledigung dieser Tagesordnungspunkte wurde auf Beschluß der Bürgerlichen, gegen unseren Protest, die öffentliche Sitzung geschlossen, um die Beratung über die Beamtenbesoldung hinter geschlossenen Türen durchzuführen. Die neue Beamtenbesoldungsreform, die neben der Erhöhung der Gehälter gleichzeitig eine Umgruppierung vorsah, war von stark daran interessierten Beamten dazu benützt worden, gleichzeitig neben der Umgruppierung eine Höhergruppierung zu erreichen. Natürlich handelt es sich bei diesen Beamten nicht um die schlechtbezahlten Gruppen, sondern um Beamte, die auf Grund ihrer Stellung den genügenden Einfluß besitzen. Die Magistratsvorlage wurde in dieser Hinsicht stark bekämpft von dem bürgerlichen Stadtverordneten und Beamtenvertreter Herrn Steuerinspektor Pietsch, der immer wieder betonte, daß sich seine Angriffe nicht gegen die Person der Beamten richteten, sondern gegen die Eingruppierung bestimmter Beamtenkategorien. Er strafte sich selbst sowie die ganze bürgerliche Fraktion Lügen, denn ihre Einstellung bei der Besoldung des Stadtbaurats zeigte offenkundig, daß man auch von Grundsätzen abweichen kann und 47 Prozent Zulage bewilligt, wenn es sich um einen guten Freund handelt. Die Eingruppierung des Stadtbaurats erfolgte in die Gruppe der Oberregierungsräte. Hierzu erübrigt sich jeglicher Kommentar. Die kommunistische Fraktion brachte in einer schriftlichen Erklärung, die protokollarisch niedergelegt und vom Genossen Schwerdtner genügend begründet wurde, den Unwillen der niederen Beamtengruppen und der notleidenden Bevölkerungsschichten gegen die neue Beamtenbesoldungsreform zum Ausdruck. Die Erklärung lautet:

„Die Regelung der Beamtenbesoldung durch die staatliche Besoldungsordnung hat der geringbesoldeten Beamtenschaft in den niederen Gruppen nicht die erwartete Besserstellung gebracht. Dagegen sind die Bezüge der oberen Gruppen in einem Umfange erhöht worden, der nicht nur den wohlbegründeten Unwillen der übrigen Beamtenschaft hervorgerufen hat, sondern auch von den breiten Massen der werktätigen Bevölkerung abgelehnt wird. Die Stadtgemeinden sind, trotz sogenannter Selbstverwaltung, gezwungen, ihren Beamten dasselbe zu bewilligen. In einer Zeit, wo ein sehr großer Teil der Arbeiterschaft trotz Vollarbeit nicht das zum Leben Notwendige verdient, wo selbständige Handwerker und Kleingewerbetreibende der öffentlichen Fürsorge anheimfallen, lehnen die unterzeichneten Stadtverordneten die Verantwortung für die Gehälter der unter Gruppe 5 der neuen Beamtenbesoldung stehenden Beamten ab.

Paul Schwerdtner, Wilhelm Brückner, Karl Walter, Hermann Pätzold.

Frostschäden im „Rosenmonat" Juni. Die vergangene Frostnacht hat im östlichen Riesengebirge erhebliche Schäden an Pflanzenwuchs und Blüte angerichtet. In freigelegenen Gärten war der Erdboden am Sonnabendmorgen einen Zentimeter stark gefroren. Die durch das kalte Maiwetter verspätete Obstbaumblüte ist so gut wie vernichtet. Die gegen frühere Jahre um Wochen zurückgebliebene Vegetation erleidet durch den Frost der letzten Nacht weiteren Nachteil.

Niederschlesien

Görlitz

Beschränkung der Betriebsrätegesetzrechte

Eine Anklage wegen Beschränkung der Rechte eines Arbeitnehmers wurde am Donnerstag vor dem Einzelrichter verhandelt. Ein Bauunternehmer hat den Arbeitnehmern die nötigen Räume nicht zur Verfügung gestellt und die Arbeitnehmer bei der Wahrnehmung der Betriebsratsrechte geschädigt. Amtsanwalt Müller beantragte 20 Reichsmark Geldstrafe, da der Arbeitgeber verpflichtet gewesen wäre, die Baubude während der Arbeitszeit zur Verfügung zu stellen und das Anbringen von Anschlägen zu erlauben. Das Urteil wird erst am 6. Juni verkündet werden.

Weltkriegsbilder im Weltpanorama. Fünfzig Bilder aus dem Frankreich vom Jahre 1918. Für die Unentwegten sind diese naturgetreuen Aufnahmen schon deshalb zu empfehlen, weil brennende Häuser, zerstörte Städte und zerfetzte Menschenleiber zur Erinnerung an die großen „Heldentaten" des „unbesiegten" deutschen Heeres beitragen. Unseren Zeitungslesern — denen der Krieg nicht wie eine „Badekur" bekommen ist — sei der Besuch in dieser Woche ebenfalls empfohlen, um an Hand von authentischem Bildmaterial sich aufs neue den Irrsinn dieser vier Jahre vor Augen zu führen, und um immer wieder daran zu denken, daß der neue imperialistische Krieg, der sich unter den Friedensschalmeien des Völkerbundes vorbereitet, noch viel schlimmere entsetzlichere Greuel für das Weltproletariat mit sich bringt. K—r.

Glogau

Baupläne. Die Anlage eines Schwimmbades im Anschluß an das städtische Stadion hat der Magistrat beschlossen. Von der Errichtung eines Hallenschwimmbades soll abgesehen werden. Das neue Schwimmbad wird nur während der Sommermonate geöffnet sein. Wahrscheinlich wird es im Winter als Eisbahn benutzt werden. — Ferner hat der Magistrat die Errichtung eines neuen städtischen Waisenhauses beschlossen. Das Stadtbauamt ist bereits mit der Ausarbeitung des Projektes beschäftigt. Das jetzige städtische Waisenhaus ist 1854 errichtet worden und genügt seinem Zweck nicht mehr.

Bunzlau

Motorradfahrer-Zusammenstoß. Zwei Motorradfahrer stießen auf dem Viehmarkt zusammen, wurden von ihren Rädern mitgeschleift und rasten gegen einen Einspänner, der über sie hinwegging. Ein Fahrer und das Pferd wurden schwer verletzt.

Kampf mit Einbrechern. Die beiden Söhne des Gasthofbesitzers Brisch in Schöndorf überraschten einen Einbrecher in voller Tätigkeit. Als er die beiden jungen Männer sah, schoß er auf sie und traf einen in die Hand. Der andere stürzte sich auf den Eindringling und es kam zu einem Handkampf zwischen beiden. In diesem Augenblick schoß ein Komplize durchs Fenster, wobei der zweite Gastwirtssohn einen Schuß in den Arm erhielt. Dem Eindringling gelang es, durchs Fenster zu entfliehen.

Haynau

Aus der Bewegung. Heute, Dienstag, 19½ Uhr veranstaltet der Rote Frontkämpferbund, Ortsgruppe Haynau, im Volkshause eine sehr wichtige Mitgliederversammlung. Ebenfalls wird ein Bericht vom Reichstreffen gegeben. Der Gauführer, Kamerad Sieffen-Breslau, ist zugegen.

Liegnitz

Brand. Am Sonnabendabend wurden beide Feuerwehren alarmiert. Ein vor dem Säuglingsheim stehender Schuppen, in dem sich Stroh, Kisten, Gärtnergeräte und dreihundert Zentner Kohlen und Holz befanden, stand in Flammen. Die Feuerwehr konnte nur einen Teil der Kohlenvorräte retten. Während des Brandes war das Säuglingsheim durch die große Hitze und die starke Brandentwicklung gefährdet. Die Flammen schlugen so hoch, daß man sie in Pfaffendorf bemerken konnte.

Muß das sein? Uns wird geschrieben: Etwas reichlich nervös ist der Hauswirt Ernst Enkelmann, Rudolfstraße 28. Nach seiner Meinung hätten die Mieter kein Recht, im Hof Wäsche aufzuhängen. Andererseits bleibt aber in den Wohnungen der Mieter sehr viel zu wünschen übrig. Die Räume sind verfault, durchnäßt und die Fenster sehr schlecht und undicht. Die Kinder der Bewohner möchten sich weder im Hausflur noch Hof sehen lassen. Selbst Schläge werden ihnen angeboten. Die Mieter des Hauses erlauben sich die bescheidene Frage, ob diese unangebrachte Nervosität nicht besser unterbleiben könnte?

Mittelschlesien

Neumarkt. Das dritte Todesopfer des Hochwassers. Die immer noch stark angeschwollene Weistritz forderte in Beilau, Kreis Neumarkt, ein Opfer. Das fünf Jahre alte Töchterchen des Schuhmachers Paul Merz war mit der Großmutter nach einer Wiese gegangen, um Grünfutter zu holen. Das Kind entfernte sich unbemerkt, begab sich an die Weistritz und stürzte durch das Geländer der Brücke Beilau—Odlitz in die hochgehende Flut. Ein Gemeindewächter unternahm Rettungsversuche, die aber erfolglos blieben. Das Kind wurde vom Hochwasser fortgeführt. Seine Leiche konnte bisher nicht geborgen werden.

Ohlau. Zur Kirschenverpachtung des Kreises Ohlau waren 166 Bieter erschienen. Auf der linken Oderseite des Kreises ist der Behang reichlich und wird mit einer guten Ernte gerechnet, dagegen haben die Blüten auf der rechten Oderseite durch den späten Frost gelitten. Der Gesamterlös aller Pachtstrecken beläuft sich auf 78 600 Mark, hiervon entfallen auf Provinzialstrecken 7300 Mark und auf Kreisstrecken 71 300 Mark. Gegen das Vorjahr bedeutet dies einen Mehrbetrag von 21 800 Mark.

Brieg. Der starke Frost der letzten Nächte hat im Stadt- und Landkreise viel Schaden angerichtet. Gärten und Fluren waren mit einer starken Reifschicht bedeckt, Pfützen und Tümpel mit einer dünnen Eisdecke überzogen. Das Kraut der Kartoffeln ist erfroren. Tomaten-, Bohnen- und Gurkenpflanzen sind dem Frost zum Opfer gefallen.

Arbeitersport

Die Einteilung zu den großen Breslauer Straßenläufen.

Männer (von 18 Jahren an): 20 Läufer bilden eine Mannschaft. Davon durchlaufen drei Läufer je 800 Meter, 17 Läufer je 200 Meter, Gesamtstrecke 5800 Meter. Start und Ziel: Mollwitzer Straße 5. 1. Läufer 200 Meter, Mollwitzer Straße 5, Start, 2. Läufer 200 Meter, Tauentzienstraße 174, Ecke, 3. Läufer 200 Meter, Tauentzienstr. 158, Urban, 4. Läufer 200 Meter, Tauentzienstr. 140, Müller, 5. Läufer 200 Meter, Tauentzienstr. 114, Ecke, 6. Läufer 200 Meter, Tauentzienstr. 92, Haustür, 7. Läufer 200 Meter, Tauentzienstr. 76, Haustür, 8. Läufer 200 Meter, Tauentzienstr. 54, Haustür, 9. Läufer 200 Meter, Tauentzienstr. 36, Briefkasten, 10. Läufer 200 Meter, Tauentzienstr. 26, Haustür, 11. Läufer 800 Mtr., Schweidnitzer Str., Werthembau, Schild Zabel, 12. Läufer 800 Meter, Schweidn. Stadtgr. 30, Ecke, 13. Läufer 800 Meter, Klosterstr. 39, Teige, 14. Läufer 200 Meter, Klosterstr. 80, Haustür, 15. Läufer 200 Meter, Löschstr. 17, Haustür, 16. Läufer 200 Meter, Löschstr. 33, Ecklaterne, 17. Läufer 200 Meter, Webskystr. 18, Drogerie, 18. Läufer 200 Meter, Webskystr. 2, Ecke, 19. Läufer 200 Meter, Königgrätzer Str. 13, Molkerei, 20. Läufer 200 Meter, Königgrätzer Str. 37, Haustür, durchläuft die Brieger Str. bis zum Ziel: Mollwitzer Str. 5.

Männliche Jugend (von 14—18 Jahren). Gesamtstrecke: 2900 Meter. 19 Jugendliche bilden eine Mannschaft. Davon durchlaufen: 15 Läufer je 100 Meter, drei Läufer je 200 Meter, ein Läufer 800 Meter. 1. Läufer 100 Meter, Mollw. Str. 5, Start, 2. Läufer 100 Meter, Mollw. Str. 15, Laterne, 3. Läufer 100 Meter, Brieger Str. 16, Haustür, 4. Läufer 100 Meter, Königgrätzer Str. 28, Haustür, 5. Läufer 100 Meter, Königgrätzer Str. 18, Ecklaterne, 6. Läufer 200 Meter, Königgrätzer Str. 6, Zigarrenladen, 7. Läufer 200 Meter, Webskystr. 15, Laterne, 8. Läufer 100 Meter, Tauentzienstr. 158, Haustür, 9. Läufer 100 Meter, Löschstr. 26, Haustür, 10. Läufer 800 Meter, Löschstr. 22, Zaunecke rechts, 11. Läufer 200 Meter, Brüderstr. 57, Ecke, 12. Läufer 100 Meter, Tauentzienstr. 129, Tür, 13. Läufer 100 Meter, Tauentzienstr. 139, Tür, 14. Läufer 100 Meter, Tauentzienstr. 149, Einfahrt, 15. Läufer 100 Meter, Brockauer Str. 5, Tür, 16. Läufer 100 Mtr., Brockauer Str. gegenüb. Nr. 20, Einfahrt-Schild, 17. Läufer 100 Meter, Brieger Str. bei Stern, Laterne, 18. Läufer 100 Mtr., Brieger Str., Zaun-Baum, 19. Läufer 100 Mtr., Brieger Str. 29, Haustür, bis zum Ziel: Mollwitzer Str. 5.

Frauen. 16 Läuferinnen je 100 Meter bilden eine Mannschaft. Gesamtstrecke: 1600 Meter. Start und Ziel: Mollwitzer Str. 5. 1. Läuferin Mollwitzer Str. 5, Start, 2. Läuferin Tauentzienstr. 184, Laterne, 3. Läuferin Tauentzienstr. 174, Ecklaterne, 4. Läuferin Tauentzienstr. 166, Ecklaterne, 5. Läuferin Vorwerkstr. 88, Einfahrt, 6. Läuferin Löschstr. 24a, Haustür, 7. Läuferin Löschstr. 14, Haustür, 8. Läuferin Löschstr. 2, Friseur, 9. Läuferin Klosterstr. 99, Haustür, 10. Läuferin Klosterstr. 109, Laterne, 11. Läuferin Klosterstr. 123, Friseur, 12. Läuferin Königgrätzer Str. 7, Laterne, 13. Läuferin Königgrätzer Str. 17, Ecklaterne, 14. Läuferin Königgrätzer Str. 29, Trottoirkanal, 15. Läuferin Brieger Str. 23, Zaun-Baum, 16. Läuf. Brieger Str. 29, Haustür bis zum Ziel: Mollwitzer Str. 5.

Für die Kinder-, Jugend- und Frauen- sowie Männer-Staffetten sind die Meldungen umgehend an das Kartellbüro, Zimmerstr. 1, III., schriftlich einzusenden. Meldeschluß an jedem Freitag vor dem Lauf. Am Sonnabend wird dann in der „Arbeiter-Zeitung" bekanntgegeben, in welcher Reihenfolge die einzelnen Mannschaften auf den Straßen nebeneinander laufen.

Aufstellung der Breslauer Handball-Auswahlmannschaften. A: Kalewe G.; Gnieser (7. Abt.), Jäschke (M.); Gnieser (7. Abt.), Schmalisch (M.), Klose (G.); Lehmann (2. A.), Schepe (M.), Kaluza (P.), Schiller (7. A.), Wallenburg 2. A.). — B: Bober (6. A.), Gluche (6. A.), Schiller H. (7. A.), Schönfeld (6.A.), Linke (2.A.); Glatz 5.A.), Tiegel (2. A.), Witt (7. A.); Peschel (P.), Batschik (P.); Klose (7. A.). A nackend, schwarze Hose, B weißes Hemd. Schiedsrichter: Riedel, Sänger, Tschapp. Schiedsrichter fürs Ausscheidungsspiel: Fritsch G., Wyremba. Faustballschiedsrichter: Sänger, Tschapp. — Für die Hallenser Städtemannschaft werden 13 Quartiere benötigt. Meldungen bei A. Schönfeld, Ofener Straße 19.

Sportvereinigung Nordost. Mittwoch 18 Uhr erscheinen alle Schüler, Jugend, Sportlerinnen und Sportler in Oswitz, Nordost-Platz, zum Training und zur Aufstellung der Straßenstafette für den „Rast".

An alle Arbeitersportanhänger von Klettendorf. Der ASV. Südost Breslau hat eine Frauensportabteilung ins Leben gerufen. Am Sonntag, dem 10. Juni, findet ein Frauenhandball-Werbespiel auf dem Sportplatz in Klettendorf statt. An alle jungen berufstätigen Frauen und Mädchen ergeht der Ruf, nur Sport im Arbeitersportverein zu treiben, in diesem Falle nur im oben genannten. Deswegen ergeht der Ruf, am Sonntag, dem 10. Juni, alles zahlreich vertreten zu sein. Anmeldungen nimmt entgegen in Krietern der Sportgenosse J. Stempniewitz oder jeden Freitag in der Versammlung in Klettendorf. Uebungstage sind jeden Mittwoch von 16 Uhr ab auf dem Sportplatz in Klettendorf.

ASV. Sturm Schmiedefeld. Freitag 20 Uhr Vollversammlung bei Engwicht, Schmiedefeld.

Kreisrats-Sitzung. Neben der Erledigung organisatorischer und geschäftlicher Angelegenheiten befaßte sich die Sitzung mit der Durchführung des Länder-Wettkampfes Lettland—Deutschland, der am 2. September 1928 im Breslauer Stadion zur Durchführung gelangen soll. Außerdem werden bundesoffene Wettkämpfe sowie ein Fußball- und ein Handballspiel erster Klasse zur Austragung gelangen. Am Vorabend ist ein Begrüßungsabend geplant, an dem u. a. auch die Musterklassen der Kreisschule mitwirken werden. Es wird zu dieser Veranstaltung der Besuch der schlesischen Arbeitersportlerschaft erwartet. Ebenso werden alle Vereine sowie Arbeiterorganisationen gebeten, diesen Tag von größeren Veranstaltungen freizuhalten.